

forum



LC 36

Autonome und besetzte Häuser, ja die gibt es immer noch in Köln. Gleich dem Gewerkschaftshaus gegenüber steht das Haus 36 der Ludolf-Camphausen-Straße. Im letzten Jahr feierte man mit einem großen Fest die 30-jährige Besetzung des Hauses. Ursprünglich sollte dieses Haus und die dahinter liegenden Schrebergärten der Stadtautobahn weichen. Doch der geplante Bau verzögerte sich. Das Haus verfiel zusehends, der Besitzer, die Stadt Köln, ließ Wohnungen leer stehen, Instandsetzungen wurden nicht mehr durchgeführt. So kam es, dass am 30. Juli 1984 die leer stehenden Wohnungen von einer Gruppe von Leuten besetzt wurden. Der Plan der Stadtautobahn wurde letztendlich aufgegeben, die Hausbesetzung ist ein Wohnprojekt mit halbwegs gesichertem Rechtsstatus geworden. In acht Wohnungen leben hier dreißig Hausbesitzerinnen und Hausbesitzer in Nachbarschaft zu drei Familien, die schon vor der Besetzung dort wohnten. Bereits 1985 haben die Besetzer als Verein einen Mietvertrag mit der Stadt abgeschlossen und zahlen pro Person zirka 160 Euro. Der

Infoladen und das Café im unteren Teil des Hauses bietet neben regelmäßigen thematischen Veranstaltungen auch eine Bibliothek zu antirassistischen und antifaschistischen Themen und zweimal die Woche warmes Essen.

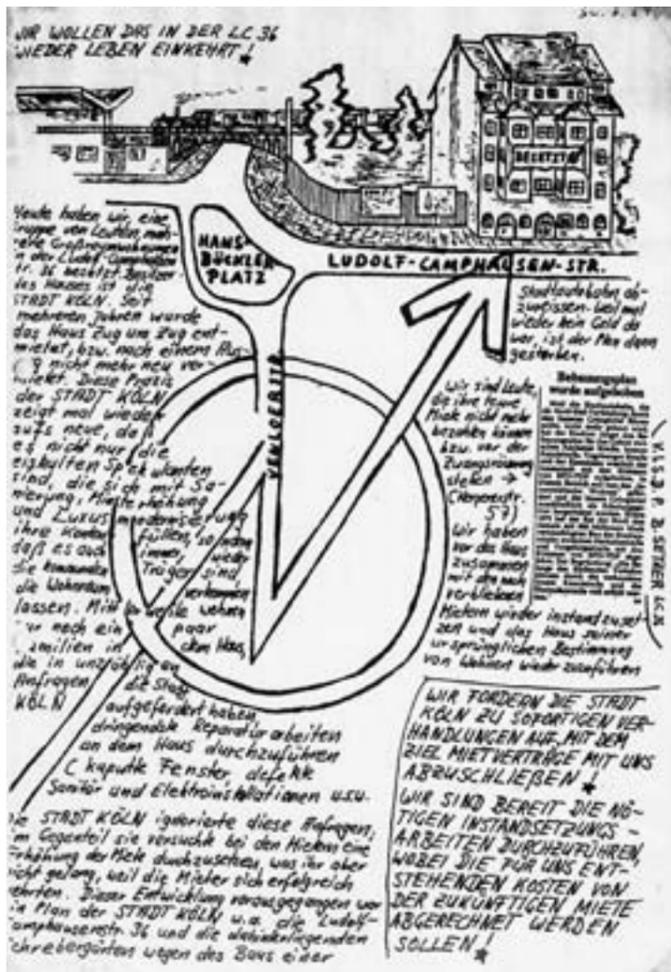
Und die Fassade: Sie zeigt über die ganze Hausfront verteilt, einen immer größer werdenden Strudel. In ihm gefangen werden gesichtslose Menschen in die Höhe katapultiert. Im oberen Trichter schwimmt der rote Stern mit den Worten „AMOR RABIA“, in Anspielung auf die spanische anarchistische Zeitung und Gruppierung.

Der Schriftzug „Freiheit Für Alle Politischen Gefangenen Hier Und Weltweit!“ auf der rechten Hausseite stellt klar eine Forderung auf. Symbolisch für alle Gefangenen sitzen darüber einige hinter Stacheldraht und Gittern neben einem Wachturm. Die Idealvorstellung des Paradieses durchzieht auf einem Band im oberen Drittel die Hausfassade. Sterne, Vögel und Schmetterlinge bilden den Rahmen einer scheinbar friedlichen Landschaftsszene mit kleinen Häuschen und Menschengruppen.

Quelle:

www.facebook.com/Cafe.zum.Ludolph/photos/gm.307396479439464/474729259296104/?type=1&theater

Titelfoto und Text: Jutta Jilg



INHALT

Nr. 2/2015

IMPRESSUM

HERAUSGEBER GEW Stadtverband Köln
Hans-Böckler-Platz 1
50672 Köln

Erscheint fünfmal im Jahr
Bezugspreis 1,25 Euro.
Für GEW-Mitglieder ist der Bezug im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Leserbriefe geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder.

REDAKTION Klaus Minartz (verantwortlich)
Martina Brauckmann-Kleis
Jutta Jilg
Wolfgang Hardenacke
Helga Löbbert

GESCHÄFTSSTELLE
Montag bis Donnerstag 10.00 bis 16.00 Uhr
Freitag 12.00 bis 16.00 Uhr

Telefon 02 21 51 62 67
Telefax 02 21 52 54 46

Homepage www.gew-koeln.de
E-Mail kontakt@gew-koeln.de

Konto SEB
IBAN DE03 3701 0111 1320 7321 01

DRUCK Zimmermann, Köln

DTP Thomas Sommerkamp,
Essen



Redaktionsschluss 17. April 2015

TELEFONISCHE RECHTSBERATUNG 0221 516267

Montag und Donnerstag
17.00 bis 19.00 Uhr
und nach Vereinbarung

In den Ferien:
Landesrechtsschutzstelle
0201 2940337

| | |
|--|----|
| zum Titelbild: LC 36 | 2 |
| Impressum und Inhalt | 3 |
| Tarifpolitik | |
| Sozial- und Erziehungsdienst TVÖD | 4 |
| Fröbel: Weihnachtsgeld | 7 |
| L-EGO und Entgelttrunde TVL | 8 |
| Offener Ganztags | 10 |
| Schulentwicklung | |
| Gelingensbedingungen für Gesamtschulen | 11 |
| Flüchtlingshilfe konkret | 14 |
| Courage gegen Rassismus | 15 |
| Inklusion gestalten | 16 |
| Vorstellung der neuen Geschäftsführerin | 17 |
| Fachgruppen und Arbeitskreise | 18 |
| HIB | 20 |
| Internationaler Frauentag | 20 |
| Rechtsberatung: Weiterbildung | 21 |
| Ruhestand - von wegen! | 22 |
| Neues aus dem Personalrat: Frauenförderung | 23 |
| Griechenland nach der Wahl | 25 |
| Aktive Ruheständler | 27 |
| Hochschule und Forschung | |
| Prekariat mit Doktorgrad | 30 |
| Gute Arbeit | 32 |
| Kritische Pädagogik | 33 |
| Glosse | 34 |

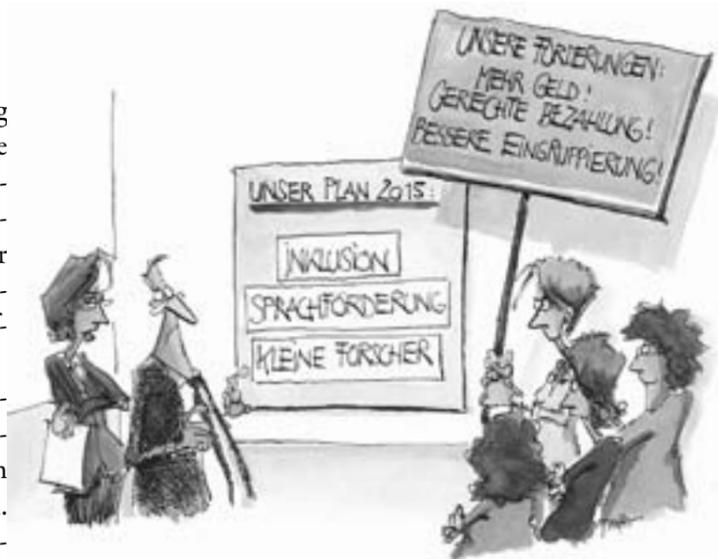
Auf unserer Kölner Internet-Seite www.gew-koeln.de oder auf www.gew-nrw.de sind aktuelle Informationen, Newsletter, Kommentare und Archivmaterialien zu allen bildungspolitischen Aspekten abrufbar. Nach der Eingabe des Benutzernamens (mit großem Anfangsbuchstaben) und der Mitgliedsnummer (sie hat 10 Ziffern und beginnt in NRW mit einer 4, sie steht auf dem Mitgliedsausweis oder auf dem Adressaufkleber der NDS) stehen alle Daten vollständig zur Verfügung. Ebenso können auf der Kölner Homepage die forum-Ausgaben ab Nr. 5/2004 als pdf-Datei heruntergeladen werden.

Verhandlungsauftakt im Sozial- und Erziehungsdienst

Bessere Bezahlung, höhere Eingruppierung und zeitgemäße Tätigkeitsmerkmale für die Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst (SuE): Das sind die Kernforderungen, über die GEW und ver.di mit der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) in Kürze verhandeln. Auftakt der SuE-Tarifrunde ist der 25. Februar. Am 25. Februar 2015 haben die Verhandlungen für die rund 1,2 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst begonnen. GEW und ver.di hatten zum Jahreswechsel 2014/15 die SuE-Entgelttabellen gekündigt, auf die sich Gewerkschaften und Arbeitgeber nach einem langen Arbeitskampf im Sommer 2009 verständigt hatten. Sie vereinbarten mit der VKA zunächst zwei Verhandlungstermine.

Auftakt für die SuE-Runde war in Hannover, wo zeitgleich die Bildungsmesse didacta stattfand. Ver.di und GEW setzen sich gemeinsam für eine deutliche Steigerung der Bezahlung aller sozialpädagogischen Fachkräfte, u.a. durch eine höhere Eingruppierung, und die Überarbeitung der Tätigkeitsmerkmale im Sozial- und Erziehungsdienst ein. Die zweite Verhandlungsrunde ist auf den 23. März - voraussichtlich in Münster - terminiert.

ErzieherInnen
verdienen mehr
... für ein besseres

Auf einen Blick: Argumente und Forderungen der GEW

ErzieherInnen verlangen zu Recht, dass den gestiegenen Anforderungen an die Qualität ihrer Arbeit eine höhere Bezahlung folgen muss. Die GEW fordert von den Arbeitgebern eine deutliche Steigerung der Bezahlung.

Die pädagogische Arbeit in Tageseinrichtungen für Kinder wurde in den vergangenen Jahren deutlich aufgewertet. Es gibt einen breiten gesellschaftlichen Konsens, dass für frühe Bildung mehr getan werden muss. Erzieherinnen und Erzieher tragen große Verantwortung für Bildung, Erziehung und Betreuung. Sie schaffen die Grundlage für den Bildungsweg der Kinder.

Mehr Geld

Das Bruttogehalt einer Erzieherin/eines Erziehers beträgt bei einer Vollzeitbeschäftigung im Durchschnitt 2.879,09 Euro. Damit liegt es um 570 Euro unter dem Durchschnittsverdienst aller ArbeitnehmerInnen in Deutschland. Und: Nur 53% der ErzieherInnen haben eine Vollzeitstelle. Bei ErzieherInnen, die selbst Kinder haben, sinkt die Vollzeitquote auf 34%, mit zwei und mehr Kindern auf 27%. 15% arbeiten weniger als 21 Stunden.

Aufstieg und Mobilität

Der Wechsel des Arbeitgebers kann nach den derzeitigen Regelungen des TVöD zu Gehaltsverlusten führen. Damit muss Schluss sein. Bei Höhergruppierung

Schon wieder Streik, was nun?

und beim Wechsel des Arbeitgebers muss es möglich sein, die bisher erreichte Gehaltsstufe beizubehalten. Beruflicher Aufstieg muss honoriert, Mobilität gefördert werden.

Neue Kriterien für Leitung

In der Struktur der Eingruppierung gibt es eine Reihe Vorschriften, die nicht mehr zeitgemäß sind. So muss z. B. die Eingruppierung von Führungskräften neu bewertet werden. Sie darf sich nicht mehr nur allein nach der Zahl der belegten Plätze richten, sondern muss auch die Zahl der Beschäftigten berücksichtigen. Die Eingruppierung von Kitaleitungen muss generell angehoben werden.

Neue Berufe

In den Arbeitsfeldern der Kinder- und Jugendhilfe gibt es neue Berufe und Tätigkeiten. Um diese adäquat einzugruppieren und zu bezahlen, müssen Regelungen geschaffen werden. Dies betrifft insbesondere KindheitspädagogInnen (BA), FachberaterInnen und SchulsozialarbeiterInnen.

Qualität sichern

Die vergangenen Jahre haben gezeigt, wie schwer es ist, qualifizierte Fachkräfte für den Beruf zu finden. Nach dem massiven Ausbau der Kita-Plätze gibt es auf dem Arbeitsmarkt keine Reserven mehr. Um den Beruf in Zukunft für SchulabgängerInnen attraktiv zu machen, ist es dringend erforderlich, ihn finanziell höher zu bewerten.

Was gibt's Neues im Tarifbereich?

Der aktuelle Tarifletter der GEW NRW enthält Informationen aus den unterschiedlichen Organisationsbereichen der GEW rund um das Thema Tarif: Schwerpunkte liegen in dieser Ausgabe auf den Tarifverhandlungen im Länderbereich, die am 16. Februar starteten, und unseren Forderungen dazu. Weiterhin berichten wir über die anstehenden Verhandlungen zur Entgeltordnung Sozial- und Erziehungsdienst, die ab Ende Februar begonnen haben. Zudem enthält der Tarifletter Informationen zu den Tarifverträgen bei FRÖBEL, in der Weiterbildung, beim IB und bei Berlitz. http://www.gew-online.de/dms_extern/download.php?id=233823

Der Landeselternbeirat der Kindertageseinrichtungen in NRW und die Gewerkschaft ver.di haben am Samstag, 22. November 2014 eine gemeinsame Elternkonferenz durchgeführt, zu der Elternbeiräte aus ganz NRW und eine Vertreterin der GEW eingeladen waren. Die Veranstaltung hatte den Titel und befasste sich mit der anstehenden Aufwertungskampagne der Gewerkschaften für den Sozial- und Erziehungsdienst. Die Idee der Veranstalter war es, die Kommunikation zwischen Eltern und Gewerkschaften zu intensivieren und für die anstehende Auseinandersetzung zu sensibilisieren.

Nach ausführlichen Informationen um welche Punkte es in der Tarifauseinandersetzung 2015 geht, wurden Ängste, Anforderungen und Wünsche aus Elternsicht erörtert und es fand eine rege Diskussion statt.

Als Fazit der Elternkonferenz wurde folgende gemeinsame Erklärung verabschiedet:

Aufwertung der Erziehungsberufe muss sein!

Gesellschaftliche Entwicklungen, die realen Lebenssituationen von Eltern sowie wissenschaftliche Erkenntnisse zu frühkindlichen Bildungsprozessen haben dazu geführt, dass Kindertageseinrichtungen heute eine andere Rolle zukommt, als noch vor 25 Jahren. Bildung beginnt nicht erst mit Schule und frühe Bildung stellt die wichtigste Investition in die Zukunft dieser Gesellschaft dar.

Die wachsende Nachfrage nach Betreuungsplätzen hat die Politik dazu veranlasst die Angebote quantitativ auszubauen, doch die Sicherung und Weiterentwicklung der Qualität von Kindertageseinrichtungen steht noch aus. Eltern und Beschäftigte sehen hier dringenden Handlungsbedarf.

Wesentliche Voraussetzungen für gute Kitas sind neben den Rahmenbedingungen wie z.B. die Gruppengröße und der Personalschlüssel, insbesondere die dort tätigen Fachkräfte. Kindertageseinrichtungen benötigen qualifizierte und engagierte Pädagoginnen und Pädagogen, um dem berechtigten Anspruch von Eltern und der Gesellschaft auf gute Bildung, Erziehung und Betreuung für Kinder gerecht zu werden.

Heute leisten Zigtausende von Erzieherinnen und Erziehern* jeden Tag professionelle Arbeit. Sie haben sich den gestiegenen Anforderungen durch kontinuierliche Qualifizierung angepasst, doch tariflich bewertet wird ihre Arbeit mit einem Maßstab aus 1991. Das entspricht nicht der Bedeutung und dem Wert ihrer Tätigkeit. Darüber hinaus wird für die kommenden Jahre ein Fachkräftebedarf von 50.000 bis 150.000 ErzieherInnen prognostiziert, dem nicht entsprochen werden kann, solange das Berufsfeld durch hohe Anforderungen und Belastungen bei geringer Bezahlung unattraktiv bleibt. Schon heute fehlen Männer in dem Berufsfeld und immer mehr Stellen in Kindertageseinrichtungen können nicht zeitnah besetzt werden, da es an qualifizierten BewerberInnen fehlt.

Eltern und Beschäftigte fordern deshalb die Aufwertung der Sozial- und Erziehungsberufe und unterstützen die Forderungen der Gewerkschaften.

Arbeitskampfmaßnahmen und die Schließung von Kindertageseinrichtungen sind jedoch das letzte Mittel in einem Tarifkonflikt und können betroffene Eltern ggf. in existenzbedrohende Situationen führen.

Die Konferenzteilnehmerinnen und -teilnehmer appellieren deshalb an die Arbeitgeber und die kommunalen Arbeitgeberverbände in den Tarifverhandlungen 2015 den Gewerkschaften schnell ein tragbares Angebot vorzulegen, das den Wert von früher Bildungsarbeit angemessen berücksichtigt.

Sollte die Aufwertung der Erziehungsberufe nicht allein über den Verhandlungsweg möglich sein, unterstützen der Landeselternbeirat und die anwesenden Elternbeiräte die Erziehungskräfte auf ihrem Weg zur Aufwertung ihres Berufsbildes. Die Ausübung des Streikrechts ist hierbei legitimes Mittel. Die ElternvertreterInnen wissen, dass nicht der/die einzelne ErzieherIn und weitere pädagogische Fachkräfte in ihrer Einrichtung für mögliche Streikmaßnahmen und Angebotseinschränkungen verantwortlich ist und werben dafür, dass betroffene Eltern die Einforderung nach Problemlösungen, ihre Beschwerden und ihren Unmut an die verantwortlichen Arbeitgeber richten.

Die Gewerkschaften werden ihrerseits rechtzeitig Informationsmaterial für Eltern zur Verfügung stellen, die möglichen Streikmaßnahmen auf das notwendige Maß beschränken und dafür werben, dass bei den örtlichen Aktionsplanungen ElternvertreterInnen mit einbezogen und die Interessen der Eltern und Kinder berücksichtigt werden.

Für die Durchsetzung der gemeinsamen Ziele werden die KonferenzteilnehmerInnen in regelmäßigem Kontakt bleiben, um gemeinsam den notwendigen Druck zur Aufwertung zu entwickeln und die Belastungen für Eltern und Kinder so gering wie möglich zu halten. Es geht um die Frage was dieser Gesellschaft frühe Bildung und soziale Arbeit wert ist, es geht um die Zukunft dieses Landes.

Düsseldorf, 22. November 2014



Die Frankfurter Theatergruppe Grüne Sösse wird voraussichtlich im April ihre ErzieherRevue in Köln aufführen. Der genaue Termin wird auf unserer Homepage und in Einladungsschreiben bekannt gegeben.

Weihnachtsgeld für alle und ein Bonus für GEW-Mitglieder

von Hildegard Merten

Endlich! Jetzt bekommen auch Fröbel-Beschäftigte ein Weihnachtsgeld. Am 27. Januar ist es gelungen, ein akzeptables Verhandlungsergebnis zu erzielen: 650 Euro in diesem Jahr, 750 Euro im Jahr 2016 (s. http://www.gew.de/Tarifarbeit_Froebel-Gruppe.html). Davon profitieren rund 1500 Fröbel-Beschäftigte bundesweit, und rd. 600 Kolleginnen und Kollegen, aus dem Kölner Raum und dem Ruhrgebiet. Dieser Abschluss ist ein Kompromiss und ein erster Einstieg in die zukünftigen Weihnachtsgeldverhandlungen. Die ursprünglich geforderte Jahressonderzahlung in Höhe von 90 % eines Monatsgehältes (100 % für GEW-Mitglieder) bleibt das Ziel.

Bonus-Zahlung beantragen!

Mit dieser guten Nachricht vom Weihnachtsgeld erinnern wir gleichzeitig alle GEW-Mitglieder bei Fröbel daran, dass sie bis allerspätestens zum 15. April 2015 den Bonus für GEW-Mitglieder beantragt haben müssen. Dieser Bonus ist Ergebnis der letzten Gehaltsverhandlungen. Er steht jedem Fröbel-Beschäftigten zu, der am 1. April 2015 Mitglied der GEW ist. Es ist ein Betrag der sich lohnt! 250 Euro für Mitglieder, bei einem Arbeitsumfang von 30 bis 40 Stunden wöchentlich, Mitglieder mit geringerer Arbeitszeit erhalten die Bonuszahlung anteilig, d.h. 200 Euro bzw. 150 Euro. **Wichtig! Diese Bonuszahlung muss beim Arbeitgeber beantragt werden!**

Bis Mitte März erhalten alle Mitglieder von der Mitgliederverwaltung der GEW NRW eine Mitgliedsbescheinigung zugeschickt. Diese sollte dann zügig – spätestens bis zum 15.4. dort eintreffend - an die Geschäftsleitung in Berlin weitergeleitet werden. Sollten Mitglieder bis zum 20. März keine Mitgliedsbescheinigung bekommen haben, meldet euch bitte umgehend in der Kölner Geschäftsstelle, damit wir Ersatz ausstellen. Es ist wichtig, dass die Fristen eingehalten werden. Ansonsten erlischt der Anspruch.

EINLADUNG

INFOVERANSTALTUNG

Der Weg vom 2. Staatsexamen bis zur Festanstellung

Endlich Lehrer/Lehrerin - und dann?

Die Veranstaltung findet statt am Donnerstag, dem 16. April 2015 um 18 Uhr im Kölner DGB-Haus, Hans-Böckler-Platz 1, Großer Saal (1. OG).

Themen:

- Befristete Arbeitsverträge
 - Bezahlung
- Krankenversicherung
- Vertretungspool
 - Arbeitssuche
- Arbeitslosigkeit, u. a.

Nach einem Referat von Ute Lorenz, Referentin für öffentliches Dienstrecht, Beamtenpolitik und Mitbestimmung der GEW NRW, stehen Personalrätinnen und Personalräte aller Schulformen und eine Vertretung des Kölner Arbeitslosen-Zentrums für die Beantwortung Ihrer Fragen bereit.



Länder starten Erpressungsmanöver

Hände weg von unserer Rente!

Tarifinfo Nr. 2 / Februar 2015

Zum Verhandlungsaufakt der Länder-Tarifrunde am 16. Februar ließen die Arbeitgebervertreter die Katze aus dem Sack: Nur wenn die Gewerkschaften bereit seien, sich auf Einschnitte bei der Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes (VBL) einzulassen, wollen sie ein Angebot für eine Gehaltserhöhung vorlegen. Zugleich bezeichneten sie die Gewerkschaftsforderung nach mehr Gehalt als „realitätsfremd“. Die Gewerkschaften verlangen ein Plus von 5,5 Prozent, mindestens aber 175 Euro. Außerdem soll es endlich einen Tarifvertrag zur Eingruppierung angestellter Lehrkräfte (L-EGO) geben.

Die Gehaltsforderung der Gewerkschaften ist weder maßlos noch unfinanzierbar. Im vergangenen Jahr haben die Beschäftigten von Bund und Kommunen einen Tarifabschluss von 5,4 Prozent erreicht – verteilt über zwei Jahre. Der Abstand der Tabellenwerte zwischen dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD), der für die Beschäftigten von Bund und Kommunen gilt, und dem Tarifvertrag der Länder (TV-L) liegt seit dem 1. März 2015 in Entgeltgruppe 9 (Stufe 5) bei 126 Euro im Monat, in Entgeltgruppe 13 (Stufe 5) sogar bei 179 Euro. Es gibt also dringenden Nachholbedarf. Gleiche Arbeit muss auch gleich bezahlt werden! Die Länder schwimmen dank guter Konjunktur genauso im Geld wie der Bundesfinanzminister. Statt über schwarze Nullen oder Schuldenbremse sollten die Finanzminister über gerechte Bezahlung für gute Arbeit reden. Denn verdient ist verdient!

L-EGO nicht als Mogelpackung!

Die Arbeitgeber haben während des Verhandlungsaufaktes beteuert, sie hätten ein ernsthaftes Interesse, mit der GEW einen Tarifvertrag zur Lehrkräfte-Eingruppierung abzuschließen. Doch sie wollen die Mehrkosten für die von der GEW geforderten Verbesserungen voll auf das Tarifergebnis anrechnen. Dabei würde durch L-EGO nur eine alte Benachteiligung beseitigt: Im öffentlichen Dienst ist es selbstverständlich, dass sich die Eingruppierung der Be-

schäftigten nach einem Tarifvertrag richtet. Nur den angestellten Lehrkräften wird das bis heute vorenthalten – das ist ein tarifpolitischer Skandal!

Eine L-EGO, die nichts kostet, wäre eine Mogelpackung. Seit Monaten verhandeln GEW und die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) über die Struktur einer möglichen Lehrkräfte-Entgeltordnung. Die Arbeitgeber wissen deshalb genau, wo die möglichen Kompromisslinien liegen. Sie können nicht so tun, als wäre das Thema L-EGO mit einer tarifvertraglichen Fortschreibung des Status quo erledigt. Für den Abschluss einer L-EGO müssen die Arbeitgeber auch auf die GEW zukommen und ihrerseits kompromissbereit sein. Um sie zu dieser Einsicht zu bewegen, kommt es jetzt auf die GEW-Mitglieder an. Sie müssen deutlich machen, dass sie ein gutes Tarifergebnis und den Einstieg in die L-EGO wollen. Das darf nicht gegeneinander ausgespielt werden

Die Zusatzversorgung ist kein Sparschwein!

Der öffentliche Dienst ist die einzige Branche, in der es flächendeckend Betriebsrenten gibt – dank der Tarifverträge zur Altersversorgung, die frühere Generationen von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern erkämpft haben. Vor 15 Jahren haben die Beschäftigten Teile ihrer Betriebsrente verloren. Damals musste das System der Zusatzversorgung vor dem finanziellen Kollaps gerettet werden, der unter anderem durch den brutalen Personalabbau im öffentlichen Dienst verursacht war. Alle mussten zurückstecken, um das System für alle zu erhalten. Und das ist gelungen: Obwohl die Menschen immer länger leben, sind die Kosten der Zusatzversorgung in der VBL seit 15 Jahren stabil und können das auch noch auf Jahre hinaus bleiben.

Aber das reicht den Arbeitgebern jetzt nicht mehr: Sie wollen das System billiger machen! Sie verlangen von den Gewerkschaften, erneuten Einschnitten zuzustimmen, um ihre Länderhaushalte zu sanieren. Sie sagen, ohne Absenkung der Arbeitgeberaufwendungen zur Zusatzversorgung sei kein Tarifergebnis möglich.

EINLADUNG

zum Bewerbungstraining

Bald stehen Bewerbungen und Auswahlgespräche an. Daher bieten wir Ihnen mit unserem Bewerbungstraining die Möglichkeit, sich über das Auswahlverfahren aus der Sicht von Personalrätinnen und Personalräten zu informieren, die regelmäßig daran teilnehmen.

Nach einer theoretischen Einführung mit dem Ablauf des Verfahrens und einigen grundlegenden Tipps wollen wir ein Auswahlgespräch simulieren. So bieten wir Ihnen Trainingsmöglichkeiten in einer realitätsnahen Spielsituation für Auftreten, Rhetorik und Gesprächsführung an.

Donnerstag, 23. April 2015

DGB-Haus Köln, Hans-Böckler-Platz 1,
50672 Köln

16.00 Uhr - 19.00 Uhr

Zielgruppe: Kolleginnen und Kollegen mit befristeten Verträgen, Referendarinnen und Referendare

Die Teilnahme ist kostenlos!

Wir bitten um Anmeldung per E-Mail unter:
kontakt@gew-koeln.de

Das geht gar nicht! Die gesetzliche Rente wird weiter abgesenkt, das ist längst gesetzlich festgelegt. In Sonntagsreden beschwören Politiker aller Parteien, dass deshalb die Betriebsrente immer wichtiger wird. Nehmen wir sie beim Wort: Auch die Beschäftigten im öffentlichen Dienst brauchen ihre Betriebsrente mehr denn je! Verfehlte Finanz- und Steuerpolitik ist kein Argument für Rentenkürzungen. Deshalb: Hände weg von unserer Rente! Jetzt kommt es auf uns alle an!

Tarifrunde

Was hat das mit mir zu tun?

von Klaus Herrmann,
wiss. Angestellter, GEW Hochschulgruppe

Zu diesem Thema referierte Birgit Feldmann vom Ausschuss für Tarifpolitik der GEW NRW am 22. Januar 2015 in der Universität zu Köln. An den Hochschulen sind ca. 90% der wiss. Angestellten befristet angestellt und auch im Bereich Technik und Verwaltung nehmen die Befristungen zu. Lehrkräfte für besondere Aufgaben sind - wie angestellte LehrerInnen - nicht in der Entgeltordnung erfasst. An der Universität zu Köln werden diese Lehrkräfte ähnlich wie E13 bezahlt, Birgit berichtete aber auch über Entlohnung nach E6 an anderen Hochschulen in NRW! Auch in der Diskussion wurde klargestellt, wie wichtig diese Forderungen nach L-EGO und nach Eindämmung der Befristungen in der laufenden Tarifrunde sind.

Kettenverträge mit jährlichen Verlängerungen sind für die Beschäftigten keine Lebensperspektive und, wie ein Diskussionsteilnehmer bemerkte, sie können auch krank machen. Das Ziel ist, Dauerstellen für Daueraufgaben zu schaffen.



Neues Spiel, neues Glück? Land und Kommunen wollen mehr Geld in den offenen Ganztage stecken!

von Hildegard Merten

Im November 2014 machte die Mitteilung die Runde, dass das Land NRW die Fördersätze für den Offenen Ganztage erhöhen wird. Im Jahr 2015 um 3 % und ab 2016 um 1,5 % jährlich. Es wird erwartet, dass die Kommunen ihre Pflichtbeiträge entsprechend erhöhen. Ein entsprechender Hinweis findet sich in der Mitteilung der Landesregierung vom 27.11.2014: „Die geplante Indexierung soll auch für den kommunale Anteil vorgenommen werden.“

Eine Erhöhung für den OGS gab es in 10 Jahren nur einmal, nämlich 2011 mit der Empfehlung der Landesministerin, mit diesem Geld die Gehälter der Beschäftigten zu erhöhen. Dies ist in Köln nicht geschehen. Das Geld wurde - mit Zustimmung der Träger - komplett in den weiteren Ausbau von OGS-Plätzen gesteckt. Klar, denn der Druck der Eltern mit „unversorgten Kindern“ war in Köln hoch. Nun haben wir eine vergleichbare Situation und auch diese vom Land beschlossene Erhöhung könnte in Köln erneut an den Beschäftigten vorbei gehen.

Dieses Mal muss aber die Erhöhung der Fördersätze bei den Beschäftigten im offenen Ganztage ankommen. Die Mittel dürfen weder für den Ausbau weiterer Plätze zur Verfügung stehen, noch dürfen sie zur Sanierung des Kölner Haushaltes herangezogen werden, indem sie ganz oder teilweise mit den freiwilligen Zuschüssen der Stadt verrechnet werden. Die Stadt hat die freiwilligen Leistungen bereits zweimal gekürzt und wird mit dem Argument, dass man ein Abrutschen in die Haushaltssicherung vermeiden müsse, ggf. auch dieses Mal vor einer weiteren Kürzung nicht zurückschrecken. Die mittelfristige Finanzplanung der Stadt Köln sieht für die kommenden 2-3 Jahre drastische Kürzungen im Kinder und Jugendbereich vor.

Das gilt es zu verhindern.

Bei einem Treffen der Kölner GEW mit Trägern des offenen Ganztages am 5. Februar 2015 bestätigte sich, dass auch die Träger, angesichts des akuten Fachkräftemangels, ein großes Interesse daran ha-

ben, dass die erhöhten Zuschüsse ungekürzt und in voller Höhe für die Qualitätssicherung im offenen Ganztage, für eine bessere Bezahlung der Beschäftigten genutzt werden. In diesem Sinne wurde in Absprache mit den Trägern ein Schreiben an die Leiterin des Kölner Amtes für Schulentwicklung gerichtet mit Fragen zur Höhe, zum Verteilungsverfahren und zur Verfügbarkeit der Zuschüsse. Zeitgleich erhielten die Vertreter der Kölner Ratsfraktionen, Franz Philippi (SPD), Horst Thelen (Grüne), Nils Helge von Schlieben (CDU), Jörg Detjen (Linke) und Sylvia Laufenberg (FDP), die im Mai 2014 an der Podiumsdiskussion im Kölner DGB Haus teilgenommen haben, vom Kölner AK „Offener Ganztage“ die folgende Aufforderung:

Erhöhung der Zuschüsse für den Offenen Ganztage

Sehr geehrte/e ...,
auf der Podiumsdiskussion im DBG-Haus im Mai 2014 haben Sie den etwa 100 anwesenden OGS-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeitern zugesagt, sich für die Beschäftigten im Offenen Ganztage einsetzen zu wollen. Heute wenden wir uns mit einem konkreten Anliegen an Sie und Ihre Rats-Fraktion. Wir haben mit Wohlwollen zur Kenntnis genommen, dass die Landesregierung die Zuschüsse für den offenen Ganztage erhöht. Ab 1.2.2015 um 1,5 %, zum neuen Schuljahr noch einmal um 1,5 % und ab 2016 um jährlich 1,5 %, %.
In der Mitteilung der Landesregierung vom 27.11.2014 ist der Hinweis enthalten, dass die geplante Indexierung auch für den kommunalen Anteil vorgenommen werden soll.
Auf dem Hintergrund, dass die letzte - und bislang einzige! - Erhöhung 2011, in Köln trotz der dringenden Empfehlung der Landesregierung, nicht an die Beschäftigten im offenen Ganztage weitergegeben, sondern für den weiteren Ausbau von Plätzen verwendet wurde, rechnen die in der offenen Ganztage beschäftigten Kolleginnen und Kollegen jetzt fest damit, dass ein solches Vorgehen nicht erneut geplant wird.
Bitte sorgen Sie mit Ihrer Fraktion dafür, dass die zusätzliche Förderung tatsächlich bei den Beschäftigten ankommt. Wir bitten Sie um eine schnelle Antwort, damit wir die damals anwesenden Kollegen und Kolleginnen über das weitere Verfahren informieren können.

Mit bestem Dank und freundlichen Grüßen
Hildegard Merten, Max-Georg Beier
AK OGS im Stadtverband der GEW Köln

Gelingensbedingungen für Gesamtschulen in Köln Positionspapier des Kölner Kreis der Gesamtschulleitungen

Anmerkung der Redaktion:

Wir dokumentieren ein Papier des Kölner Kreises der Gesamtschulleitungen aus dem letzten Jahr. Der GEW-AK „Schulentwicklung“ und die Initiative „Mehr Gesamtschulen in Köln“ (i:mgik) sehen dies als eine gute Diskussionsgrundlage für ein stringentes Gesamtschulkonzeptes im Rahmen der Weiterentwicklung der Kölner Schullandschaft.

Ausgangslage im Land NRW und in Köln

Die Bildungslandschaft im Regierungsbezirk Köln und insbesondere in der Stadt Köln ist in Bewegung. An verschiedenen Standorten werden Haupt- und Realschulen und einige Gymnasien in NRW aufgelöst oder stehen kurz davor. Neue Schulformen wie die Sekundarschule oder die Gemeinschaftsschule werden mit unterschiedlichem Erfolg errichtet und teilweise wieder geschlossen. Auch neue Gesamtschulen sind in der Planung. Angetrieben wird die Veränderung der Schullandschaft durch demographischen Wandel und den sich ändernden Elternwillen. Schulplätze an Hauptschulen werden immer weniger nachgefragt, stattdessen gibt es eine Unterversorgung mit Schulplätzen des längeren gemeinsamen Lernens, und es werden mehr Schulplätze an Gymnasien gesucht, als vorhanden sind.

Die Stadt Köln reagierte auf die zahlenmäßigen Bedarfe bislang mit unterschiedlichen Maßnahmen der Schließung bestehender Hauptschulen bzw. Realschulen

- der Einrichtung von Gemeinschaftsschulen (jetzt zur Gesamtschule zusammengelegt)
- Einrichtung von bislang zwei neuen Gesamtschulen
- Dependancenlösungen zu bestehenden Gesamtschulen
- Aufstockung von Gesamtschulplätzen an bestehenden Gesamtschulen (Mehrklassigkeit)

Diese schrittweise Vorgehensweise haben die Gesamtschulleitungen in Köln ausdrücklich positiv begleitet und befürwortet.

Dabei wurde auch für Köln klar, dass die rasante Entwicklung der Schullandschaft durchaus zu unbeabsichtigten negativen Effekten führen kann, die nicht immer voraussehen waren. Dazu gehört das Scheitern der beiden Gemeinschaftsschulen im rechtsrheinischen Bereich. Hier hat sich die Stadt offen gezeigt auch Korrekturen vorzunehmen (Zusammenlegung und Neustart einer Gesamtschule vor Ort).

Der „Kölner Kreis“ der Gesamt- und Gemeinschaftsschulleiterinnen und -leiter hat allerdings die Sorge, dass bei zukünftigen Entscheidungen über Veränderungen der Schullandschaft zu sehr an schnelle zahlenmäßige Korrekturen unter Verwendung vorhandener Zahlen und Bausubstanzen gedacht wird. Grundlegende pädagogische Konzepte könnten in den Hintergrund treten.

Gelingensbedingungen für Gesamtschulen in Köln

Die Gesamtschule ist auch in Köln die Schulform des möglichst langen gemeinsamen Lernens. Schülerinnen und Schüler sehr unterschiedlicher Leistungsfähigkeit und mit verschiedensten Begabungen profitieren hiervon beim fachlichen und sozialen Lernen. Wir unterrichten an den Gesamtschulen mindestens 12.000 Lernende. Damit ist diese Schulform eine bedeutende Säule in der Bildungslandschaft und hoch akzeptiert. Politisch und finanziell muss der Schulform deshalb die entsprechende Aufmerksamkeit zukommen.

Die Gesamtschulen sind Schulen, die in neun Jahren zum Abitur führen und haben damit neben den Berufskollegs eine besondere Rolle in der Förderung von Schülerinnen und Schülern aus Haupt- und Realschulen diese zum Abitur zu führen. Dieses Alleinstellungsmerkmal bietet Eltern eine klare Orientierung und wird zahlreich von Eltern und Schülern im Stadtbereich wahrgenommen. Folgerichtig ist die Aufnahmekapazität der Gesamtschulen im Stadtbereich in der Sek II bedeutsam angestiegen. Die Gesamtschulen müssen auch zukünftig dieses klare Profil behalten. Eltern, die ihre Kinder in 9 Jahren zum Abitur geführt sehen wollen, wollen und finden in der Schullandschaft Kölns ausreichend Plätze an

Gesamtschulen oder Berufskollegs.

Die Heterogenität der Schülerschaft von Klasse 5 an ist zwingend erforderlich, um das Erfolgsmodell Gesamtschule zu erhalten. Das bedeutet konkret, dass immer noch jede bestehende Gesamtschule in Köln auf die Sicherung auch leistungsstarker Kinder in den Jahrgängen angewiesen ist um diese Aufgabe zu erfüllen, um auch weiterhin Eltern aller Schichten ansprechen zu können. Bei den vorhandenen Überhängen an Gesamtschulanmeldungen muss davon ausgegangen werden, dass es sich um viele leistungsschwächere Kinder handelt. Deren Zusammenfassung in neuen Systemen allein machen noch keine neuen Gesamtschulen. Wir verweisen auf die eklatante Fehlentwicklung der 70iger Jahre, wo auf dieser Fehleinschätzung basierend integrierte Systeme gegründet wurden, die nicht vom Bürger angenommen wurden und dann auch wieder gemieden wurden.

Die Ausgangsbedingungen für gute Gesamtschulen zeigen sich allerdings in den verschiedenen Stadtbezirken in unterschiedlicher Form und Umfang. Nicht alle Gesamtschulen in der Stadt können schon jetzt diese Voraussetzungen der ausgewogenen Heterogenität einhalten, begründet durch die unterschiedliche Standortlage und die soziale Zusammensetzung der Bevölkerung in ihren Bezirken, arbeiten aber konstruktiv und langfristig in diese Richtung. Es gilt diese Systeme in den Stadtbezirken zu stärken um gute Schulen zu bleiben.

Keinesfalls dürfen die Gesamtschulen als Auffangstation für alle missbraucht werden, die nicht zur Hauptschule gehen wollen oder die an Realschulen oder Gymnasien scheitern (Abschulung). Nur wenn der Anteil der leistungsstarken Schülerinnen und Schüler groß genug ist, kann auch diese Gruppe erfolgreich gefördert werden. Nur dann bleibt die Gesamtschule auch für Eltern von Kindern mit Gymnasialempfehlung eine Wahloption. Den Gymnasien muss durch das Land NRW die Möglichkeit eröffnet werden die mittleren Abschlüsse zu vergeben um die Kultur des Behaltens umzusetzen und dann auch gleichberechtigt an der Inklusion teilzunehmen.

Für Neugründungen von Gesamtschulen gilt deshalb auch, dass sie vom Standort und von der Ausgangssituation (Welche Schulen werden geschlossen?) sorgfältig geplant und mit dem Gesamtschulfeld abgestimmt werden müssen. Dabei sollten vorliegende wissenschaftliche Erkenntnisse der Schulentwicklungsforschung berücksichtigt werden. Sonst besteht die Gefahr einer „Restschule“. Das ist eine langfristige Aufgabe der Bildungspolitik in Köln. Deshalb wird man kurzfristig auch die jährlichen Überhangzahlen an Gesamtschulanmeldungen nicht abbauen können. Damit ist ehrlich in der Öffentlichkeit umzugehen.

Die Kapazitäten der Gymnasien haben einen direkten qualitativen Einfluss auf die Gesamtschulentwicklung. Wird die Kapazität der städtischen Gymnasien weiter erhöht oder bleibt auf dem jetzigen überdrehten Niveau (Gymnasien nehmen bis zur Klassengröße Kinder des Leistungsmittelfeldes auf, das traditionell den Gesamtschulen nahe steht) fehlen den Gesamtschulen die leistungsstarken Lerngruppen. Dies ist ein weiterer negativer Effekt in so nicht vorausgesehenem Umfang der Priorität des „Elternwillens“ nach dem Schulgesetz. Auch die Gymnasien leiden unter dieser Schieflage der Schülerströme.

Die Gesamtschulen der Stadt Köln leisten in überproportionaler Weise pädagogische Arbeit im Bereich der Inklusion und Seiteneinsteigerklassen. Die im Rahmen der Inklusion durchzuführende Senkung der Klassenfrequenzgrößen hat dazu geführt, dass numerisch weniger Kinder einen Gesamtschulplatz erhalten haben als zuvor. Hier hat sich die Stadt zu Recht für einen qualitativen Weg in die Inklusion entschieden und die Klassenfrequenz auf 27 begrenzt. Die pädagogischen und personellen Vorgaben des Landes machen es an sich schon sehr schwer die Inklusion sinnvoll zu gestalten. Die Klassenfrequenzwerte spielen dabei für die Arbeit in den Schulen eine entscheidende Rolle.

Der Schulträger muss die Gesamtschulen zu attraktiven und modernen Lernorten gestalten. Dies wird bei knappen Mitteln eine politische Prioritätensetzung

zugunsten der integrierten Lernsysteme (Grundschulen und Gesamtschulen) unausweichlich machen. Die hohe Nachfrage nach Gesamtschulplätzen zeigt an, dass hier auch Wählerinnen und Wähler für diese Ausgaben zu gewinnen sind.

Die überwiegende Zahl der alten Gesamtschulen in Köln ist durchweg in einem baulichen Zustand, der Grundsanierungen oder Neubauten unausweichlich macht. Eltern entscheiden sich auch deshalb für einen Lernort, weil er kindgerecht und gut ausgestattet ist. Jahrzehntlang wurden Sanierungen verschleppt und negiert, die Kosten sind deshalb erwartungsgemäß hoch. Es handelt sich aber auch um große Systeme, die entsprechend viele Kinder beschulen.

Köln, 5. Mai 2014

Für den den KÖLNER KREIS der Gesamtschulleitungen:

Rüdiger Schmidt, (ehem.) Schulleiter der Heinrich-Böll-Gesamtschule Chorweiler, Sprecher des Kölner Kreises der Gesamtschulleitungen



EINLADUNG

Recht auf Bildung!

Flüchtlings- und Zuwanderungskinder in internationalen Förderklassen in NRW

Fachtagung der GEW NRW am 09.05.2015 in Düsseldorf

9.30 Uhr – 15.30 Uhr

10.30 Uhr

Referat: Flüchtlings- und Zuwandererkinder in internationalen Förderklassen, Christiane Schüßler, Ministerium für Schule und Weiterbildung (angefragt)

Workshop-Angebote (11.30 – 13.00 Uhr)

Workshop 1

Konzeptionelle Grundlagen für den Unterricht in Internationalen Förderklassen

Workshop 2

Best practice in Internationalen Förderklassen

Workshop 3

Bildungsberatung für neu zugewanderte Schülerinnen und Schüler

Workshop 4

Anerkennung von im Ausland erworbenen Lehrbefähigungen Praxis der Eingruppierung von HSU-Lehrkräften je nach Einsatz in unterschiedlichen Schulformen und Schulstufen

Workshop 5

Einstellungspraxis für den HSU Ausschreibungsverfahren, Versetzung und Abordnung, Einsatz an mehreren Orten und in unterschiedlichen Schulformen und -stufen

Anmeldung an: bettina.beefink@gew-nrw.de

Anmeldegebühren: GEW-Mitglieder 25 Euro; Nicht-Mitglieder 50 Euro

Flüchtlingshilfe konkret Deutschunterricht für Flüchtlinge

von Anne Ratzki

Überall in Köln werden zurzeit Flüchtlinge aus Syrien und anderen Krisengebieten untergebracht. In vielen Ortsteilen haben sich schon Unterstützerkreise gebildet, die ihnen die Eingewöhnung in das fremde Land und die fremde Kultur erleichtern wollen und auch ganz praktisch im Alltag Hilfe leisten. An vorderster Stelle steht für die Flüchtlinge das Erlernen der deutschen Sprache. Bevor sie anerkannt sind, und das kann mehrere Monate dauern, gibt es keinen geregelten kostenlosen Deutschunterricht. Ohne Deutschkenntnisse sind sie aber hilflos und auch die Arbeitsaufnahme nach Anerkennung ist schwierig. Hier können Schulen, können Lehrkräfte ganz praktische Hilfe leisten.

Es war kurz vor Weihnachten, als ich von syrischen Flüchtlingen hörte, die in unserem Stadtteil Dellbrück untergebracht wurden. Nachfragen, welche Hilfen gebraucht würden, ergaben, dass sie vor allem schnell Deutsch lernen wollten. Ein Student, der selbst an der Uni Bonn Arabisch lernt, hatte schon eine Art joint venture angefangen - er sprach mit

ihnen deutsch, sie mit ihm arabisch. Sie wollten jedoch mehr und systematisch Deutsch lernen, um nach ihrer Anerkennung so schnell wie möglich eine Arbeit aufnehmen zu können. Auf eine Umfrage in den Weihnachtsferien an der Gesamtschule Holweide meldeten sich mehrere Kollegen und Kolleginnen, die bereit waren, unentgeltlich Deutschunterricht zu geben. Ich kümmerte mich um ein passendes Lehrwerk für Deutsch als Fremdsprache (DAF) und die Finanzierung des Unterrichtsmaterials. Mitte Januar begannen zwei Deutschkurse, jeweils zwei KollegInnen unterrichten vier syrische Flüchtlinge im Teamteaching.

Nach etwa 4 Wochen sind die Rückmeldungen der KollegInnen sehr positiv. Ihre „Schüler“ kämen regelmäßig zum Unterricht, machten ihre Hausaufgaben, seien hoch motiviert. Das Unterrichten mache Spaß. Auch von den „Schülern“ hört man, wie begeistert sie sind.

Die Gesamtschule Holweide ist eine Ganztagschule. Hier bieten sich auch Möglichkeiten, die Flüchtlinge in AGs einzubinden, in Tischtennis, Sportkurse, Fahrradwerkstatt, Kochen etc. Die Unterbringung in

Wohnungen und Hotels ist meist sehr beengt, den Leuten fällt die Decke auf den Kopf. So könnte die Zusammenarbeit mit Flüchtlingen auch ein Gewinn für die Schule sein.

Weitere Informationen:
annrat@aol.com

Literaturhinweis:
Lehrwerk und Arbeitsbuch mit Schüler-CD: Cornelsen, Pluspunkt Deutsch, € 13.95
Finanzierung z.B. über Kommunales Integrationszentrum der Stadt Köln oder auch über andere Stellen, die für Flüchtlinge zuständig sind.



LINKs gegen Rechts Hintergrundinformationen der Bundeszentrale für politische Bildung

Rechtsextremismus ist längst auch auf deutschen Schulhöfen keine Randerscheinung mehr. Gerade die Jüngeren (16 - 30jährige) zeigen tendenziell stärker rechtsextreme und menschenfeindliche Einstellungen als die mittlere Altersgruppe, wie eine jüngst veröffentlichte FES-Mitte-Studie ergab. Wie können Lehrkräfte frühzeitig darauf hinwirken, dass Schülerinnen und Schüler keine menschenfeindlichen und intoleranten Haltungen entwickeln? Wie können Vorurteile und rechtsextreme Einstellungen erkannt und wieder abgebaut werden?

Der Newsletter der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) möchte Ihnen hilfreiche Informationen und Materialien an die Hand geben, wie sie Ihre Schülerinnen und Schüler gegenüber rechtsextremistischen Äußerungen und Handlungen in deren direktem Umfeld aber auch den Medien sensibilisieren und zu zivilgesellschaftlichem Engagement motivieren können.

www.bpb.de/lernen/themen-im-unterricht/rechtsextremismus

Dieser Themenschwerpunkt im Bereich [bpb.de/lernen](http://www.bpb.de/lernen) informiert über rechtsextremistische Ideologien und Gruppierungen in Deutschland und international. Das Angebot beinhaltet umfassend recherchierte Informationen zu rechtsextremen Medien, greift aktuelle Phänomene wie HoGeSa (Hooligans gegen Salafisten) auf und befasst sich mit der immer wiederkehrenden Debatte zum NPD-Verbot. In der Kategorie »Schule« diskutieren Schülern, Eltern, Lehrern und Wissenschaftler Ansätze, wie Schule und Elternhaus darauf hinwirken können, dass Schülerinnen und Schüler keine menschenfeindlichen und intoleranten Haltungen entwickeln.

bpb-Videos: Was ist das? Glossar Begriffe als Erklärvideos

„Antisemitismus“, „Rassismus“, „NPD“ - kann man das auch mit einfachen Worten erklären? In diesen Videos sprechen Jungschauspieler und Schauspielerinnen Glossar Begriffe aus dem Dossier Rechts-Extremismus ein, in kurzer und verständlicher Form. Die Videos sind auch als Textversion verlinkt und

inhaltlich in das Dossier zum Thema eingebettet. www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/182726/erklavideos-glossar
Der bpb-Newsletter kann über den LINK www.bpb.de/newsletter bestellt werden.

Kölnische Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit e.V.

Projekt „Rote Karte gegen Diskriminierung, Rassismus und Antisemitismus“

Richartzstr. 2-4

50667 Köln

Tel: 0221-2585754

Fax: 0221-617286

<http://www.koelnische-gesellschaft.de/rotekarte>

E-Mail: rotekarte@koelnische-gesellschaft.de





Diskussionsveranstaltung

mit Ralph Fleischhauer,
Abteilungsleiter Schule des Schulministeriums
Ulrike Heuer,
Leiterin des Amtes für Schulentwicklung Köln
Vertretern der Elterninitiative der Kölner GU-
Schulen und mittendrin e.V.

Montag, 16. März 2015, 20.00 Uhr
VHS-Forum im Rautenstrauch-Joest-Museum

Veranstalter: Stadtschulpflegschaft Köln, Eltern-
initiative der Kölner GU-Schulen, mittendrin e.V.

Wir Eltern in Köln möchten, dass unsere Kinder
gemeinsam lernen und aufwachsen, in bunten Schu-
len für ein buntes Köln. Wir Kölner Eltern wollen
Inklusion! Aber die Umsetzung gefällt uns nicht!
Wir sehen, dass viele neue Schulen Kinder und Jugend-
liche mit Förderbedarf zwar aufnehmen, aber keine
pädagogischen Schritte zur Inklusion unternehmen.
Wir sehen, dass jede neue Schule die „Inklusi-
on“ neu erfindet, statt den Erfahrungsschatz der
traditionellen Kölner GL-Schulen zu nutzen.
Wir sehen, dass neue Schulen zum Teil nur stunden-
weise mit Sonderpädagogen versorgt sind.
Wir sehen, dass bestehende GL-Schu-

len Sonderpädagogenstellen abgeben müs-
sen und die pädagogische Qualität leidet.
Wir sehen, dass Inklusion im Offenen Ganztags durch
ungesicherte Stellen jedes Jahr wieder vor dem Aus
steht.

**Eine schlechte Inklusion ist keine Inklusion.
Wer Gesetze macht, muss auch für eine gute
Umsetzung sorgen.**

Wir wollen mit den Verantwortlichen der Stadt Köln
und des Landes NRW diskutieren, wie der Aufbau
der inklusiven Bildung besser gelingen kann.
Kontakt: mittendrin e.V., Luxemburger Str. 189,
50939 Köln, Tel. 0221/ 33 77 630, E-Mail: info@
mittendrin-koeln.de
[http://www.eine-schule-fuer-alle.info/inklusions-
pegel/politik/koeln/meldung/petition-fuer-gute-
ausstattung/](http://www.eine-schule-fuer-alle.info/inklusions-
pegel/politik/koeln/meldung/petition-fuer-gute-
ausstattung/)

Vorankündigung

Am 17. und 18. September 2015 veranstaltet das
Zentrum für LehrerInnenbildung (ZfL) der Uni-
versität zu Köln eine international ausgerichtete
Tagung:

Blickwechsel | Diversity
**Internationale Perspektiven der LehrerInnen-
bildung**

Die Tagung bringt inner- und außeruniversitäre
AkteurInnen der LehrerInnenbildung mit Ideen und
Best-Practice-Beispielen anderer Länder in Kon-
takt und Austausch. Wir haben dazu international
ausgewiesene WissenschaftlerInnen eingeladen, die
gemeinsam mit PraktikerInnen das zentrale Zu-
kunftsthema „Diversity“ in der LehrerInnenbildung
beleuchten.

Die Tagung richtet sich an alle AkteurInnen der
LehrerInnenbildung aus Schule, Hochschule und
ZfL.

Mehr Informationen zur Tagung und die Möglichkeit zur
Voranmeldung finden Sie hier: [http://zfl.uni-koeln.de/interna-
tionalisierung-tagung.html](http://zfl.uni-koeln.de/interna-
tionalisierung-tagung.html)

Weitere Informationen - wie ein detailliertes Programm der
Veranstaltung und die Möglichkeit der Anmeldung zu den
einzelnen Workshops - folgen im April.

Angela Bankert neue GEW-Geschäftsführerin



Ich bin 59 Jahre alt und seit über 20 Jahren glück-
lich liiert. Als gelernte Diplom-Verwaltungswirtin
der Kommunalverwaltung haben mich kommunale
Themen und das damit zusammenhängende Problem
der öffentlichen Finanzen nie ganz losgelassen.
Mein Lebensweg hat mich zu ganz unterschiedlichen
beruflichen Stationen geführt:
Verwaltung und Geschäftsführungs-Sekretariate in
Unternehmen und Vereinen
Qualitätsmanagement und Optimierung von Ar-
beitsabläufen
Werbung / Marketing / Kampagnen-Arbeit
inhaltliche Erarbeitungen zu landespolitischen und
kommunalen Themen
gewerkschaftliches Organizing
Bei meiner letzten Station war ich Projektsekretärin
bei ver.di, zuständig für die Belegschaft des Online-
händlers Amazon am Standort Koblenz.

Neben der Mitgliedergewinnung und der Betreuung
des Betriebsrats bestand meine Aufgabe darin, eine
Betriebsgruppe mit einem aktiven Vertrauensleute-
Stamm aufzubauen, die Aktions- und Streikfähigkeit
herzustellen. Den ersten Streik haben wir im Dezem-
ber 2014 mit einem Kern von 20 Vertrauensleuten
erfolgreich organisiert.

Beim Organizing ist ein Grundsatz besonders wich-
tig: keine Stellvertreterpolitik zu betreiben. „Die“
Gewerkschaft sind die Mitglieder und die ehren-
amtlich Aktiven im Betrieb. Sie machen letztlich ihre
Stärke aus, die Erfolge ermöglichen oder zumindest
Rückschritte verhindern kann.

Mitgliedergewinnung und -aktivierung sind daher
elementar für jede Gewerkschaft. Hauptamtliche
begleiten diesen Prozess verantwortlich, geben Ori-
entierung und Unterstützung, wobei mir eine Betei-
ligungs- und Serviceorientierung wichtig ist.

Eine Gewerkschaft hat neben dem betrieblichen auch
einen gesellschaftspolitischen Auftrag. An wichtigen
Bildungsthemen, die stärker ins gesellschaftliche Be-
wusstsein zu rücken sind, sehe ich:

die teils unfassbaren Zustände an den Schulen. Es ist
absurd, dass in der Politik seit Jahr und Tag über die

Bedeutung der Bildung schwadroniert wird, wäh-
rend sich die Verhältnisse in der Realität gleichzeitig
verschlechtern.

Befristung und prekäre Beschäftigung an
Hochschulen und in der Weiterbildung,
die sich immer weiter in die Arbeitsverhältnisse fres-
sen. Der öffentliche Dienst ist da negativer Vorreiter
und teils schlimmer als Amazon.

die Aufwertung aller Bildungsberufe, von den Erzie-
her*innen in der KiTa über Grundschullehrer*innen
und angestellte Lehrer*innen bis hin zu Dozent*in-
nen und Honorarkräften.

Als vorwiegend im öffentlichen Dienst operierende
Gewerkschaft sind auch die Themen öffentliche Fi-
nanzen, leere Kassen und Steuerpolitik ein Dauer-
brenner.

Ich freue mich darauf, meine vielfältigen beruflichen
Erfahrungen für die spannende Aufgabe als Ge-
schäftsführerin des Stadtverbandes Köln nutzbar zu
machen.

Ich werde mich nach und nach bei allen Fachgruppen
und Arbeitskreisen vorstellen und zuhören. Für An-
regungen und Vorschläge bin ich dankbar.

Bei allen Veranstaltungen der Fachgruppen und Arbeitskreise sind Interessierte aus anderen Schulformen und Bildungsbereichen herzlich willkommen!
 Alle Termine finden, wenn nicht anders angegeben, im Kölner DGB-Haus, Hans-Böckler-Platz 1, statt.
 Fachgruppentermine die nach Redaktionsschluss eingehen, sind im Internet unter www.gew-koeln.de zu finden.

FG Grundschule

Dienstag, 21.4.2015 um 19.00 Uhr
 Tagungsraum (EG)
 Wolfgang Raabe, Tel.: 02203/51342
 Martina Schütte, Tel.: 02236/321318

FG Hauptschule

Sigried Pleyl-von Laer, Tel.: 0221/725604

FG Sonderpädagogische Berufe

Montag, 23.3.2015 um 19.30 Uhr
 Tagungsraum (EG)
 Thema: Wie sehen die aktuellen Arbeitsbedingungen im Gemeinsamen Lernen und an den Förderschulen aus? Was hat sich verändert? Was ist zu tun? Kolleginnen und Kollegen aus anderen Schulformen sind herzlich willkommen!
 Heiner Brokhausen, Tel.: 02227/830567
 Heinz-Jürgen Kaiser, Tel.: 0221/6161828

FG Gesamtschule

Dienstag 17.3.2015 von 17.30 Uhr (!) - 19.30 Uhr
 kleines Sitzungszimmer (1. OG)
 Themen:
 • Kurzberichte u.a.
 - aus den GE/Sekundarschulen etc. der Stadt,
 - aus dem GEW-Vorstand und dem GA (Geschäftsführender Ausschuss) des Stadtverbandes
 • Inklusion: Sachstand, Netzwerk Inklusion aber richtig, Petitionen an GE, Ist-Analyse
 • Angestellte an GE: Stand der Verhandlungen zur Entgeltordnung
 • Tarifverhandlungen
 • Anträge
 Peter Heim, Tel.: 0221/743094
 Werner Balfer, Tel.: 0221/745180

FG Realschule

Maria Backhaus 0221/16932167
 Katrin Reininghaus 0221/331647
 Elke Görden-Schmickler 0221/419327

FG Gymnasium

Donnerstag, 26.3.2015 um 19 Uhr
 Tagungsraum (EG)
 Vertrauensleute-Treffen
 Donnerstag, 23.4.2015
 Bewerbungstraining offen für alle Schulformen (siehe Seite 9)
 Dienstag, 5.5.2015 um 19 Uhr
 Vorstandssitzung: Planung der Wahlen zu PR und LDK, offen für alle
 Dr. Alexander Fladerer, Tel.: 0221/4305633
 Andreas Haenlein, Tel.: 0221/9458678
 Heike Wichmann, Tel.: 0221/422354
 Gudrun Skeide-Panek, Tel.: 02232/29833

FG Berufskolleg

Donnerstag, 21.5.2015 um 16.30 Uhr
 Tagungsraum (EG)
 Mechtild Degen-Sieg, Tel.: 02236/322241
 Dimitrios Konstantinidis, Tel.: 02175/8897946

AK LehrerInnen und ErzieherInnen von Migrantenkinder (LEMK)

Der Arbeitskreis LEMK trifft sich gemeinsam mit den Arbeitsgruppen HSU und Seiteneinsteigerklassen (Internationale Förderklassen) jeden 1. Montag im Monat im Tagungsraum. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen.
 Veranstaltungshinweis: Fachtagung am 9.5.2015 in Düsseldorf
 Recht auf Bildung! Flüchtlings- und Zuwanderungskinder in internationalen Förderklassen in NRW (siehe Seite 13)
 Birten Gündüz, Tel.: 0157-72776261
 Hasan Taskale, Tel.: 02204-55869

AK Offener Ganzttag

Mittwoch, 15.4. um 18.00 Uhr
 Tagungsraum (EG)
 Max-Georg Beier, Hildegard Merten,
 Tel.: 0221/516267

AK Schulentwicklung

Klaus Minartz, Tel.: 0221/526722

AK Inklusion

Donnerstag, 19.3.2015 um 18.30 Uhr
 Großer Saal (1. OG)
 Uschi Kellermann, Tel.: 0221/16846200

AK Schulsozialarbeit

Montag, 9.3.2015 um 17 Uhr
 kleines Sitzungszimmer (1. OG)
 Themen:
 Tarifrunde 2015
 Tätigkeitsmerkmale Sozial- und Erziehungsdienst
 Perspektive für den AK Schulsozialarbeit
 Verschiedenes
 Johannes Vogel, E-Mail: ijvogel@t-online.de
 Lutz Schörken-Koch, E-Mail: luschko@web.de

FG Weiterbildung

Max-Georg Beier, E-Mail: maxbeier@hotmail.com

AK Betriebsräte/Mitarbeitervertretungen

Dienstag, 10.3.2015 um 9.30 Uhr
 kleines Sitzungszimmer
 Themen:
 Neues aus der Rechtsprechung, Berichte und Erfahrungsaustausch
 Weitere Themenvorschläge sind wie immer willkommen!
 Nina Goerges, Tel.: 0221/516267
 Unsere Hotline für Betriebsräte und Mitarbeitervertretungen:
betriebsraete@gew-koeln.de ist jederzeit erreichbar.

AK Homosexueller Lehrerinnen und Lehrer

Wir treffen uns jeden 1. Donnerstag im Monat zum Austausch über die berufliche und persönliche Situation und alles, was mit dem Thema „Schwule und Schule“ zu tun hat. Wir sind auch offen für lesbische Lehrerinnen.
 Donnerstag, 16.4.2015 und Donnerstag, 11.6.2015 jeweils um 19 Uhr
 kleines Sitzungszimmer
 Donnerstag, 7.5.2015 um 18 Uhr – Stadtführung „Warme Meilen“ (siehe Seite 20)
 Bodo Busch, E-Mail: bodo.busch@netcologne.de
 Björn Kiefer, E-Mail: b.kiefer1@gmx.de

FG Hochschule und Forschung

Mittwoch, 11.3.2015 um 17 Uhr
 Biozentrum Raum 2.009, Zoologisches Institut, Universität zu Köln,
 Zülpicher Str. 47b, Tel.: 0221-470 2455
 Anne Klein, E-Mail: anne.klein@uni-koeln.de
 Da unsere Arbeitszeiten stark variieren, haben wir keinen festen monatlichen Termin. Auf Anfrage teilen wir euch aber gerne mehr über unsere Arbeit und/oder Ort und Datum des nächsten Treffens per E-Mail mit.

WIR STELLEN UNS QUER über 50
 Unterstützer-Gruppen 

EINLADUNG

Stadtführung Warme Meilen mit dem CSG für Kölner Lehrkräfte

Das Kölner „Centrum Schwule Geschichte“ bietet seit vielen Jahren unter dem Markennamen „Warme Meilen“ Stadtführungen zur schwulen Geschichte Kölns an. Der GEW AK homosexuelle Lehrkräfte möchte der Möglichkeit nachgehen, dass für Lehrkräfte in Köln und Umgebung Kenntnisse der lokalen Geschichte(n) hilfreich sein können, das Thema LSBTI* in den Unterricht einzubeziehen.

Deshalb haben wir als AK Homosexuelle Lehrkräfte eine eigene Stadtführung für **Donnerstag, den 7. Mai 2015** vereinbart. Sie soll um **18 Uhr am Heumarkt** (unter dem Reiterdenkmal) beginnen und ca. 2 Stunden dauern. Es wird ein Kostenbeitrag von 9 Euro erhoben.

Der AK wird sich im Anschluss in einem nahegelegenen Restaurant zum Essen und zu weiteren Diskussionen treffen. Die könnten z.B. auch um einen Vergleich der „warmen Meilen“ mit dem Berliner „queer history month“ gehen: In Berlin gibt es, unterstützt von Studierenden und dem Arbeitsbereich Didaktik der Geschichte der FU Berlin, jeden Februar speziell ausgearbeitete Angebote für Schulklassen, sich durch Anschauung und Recherche mit den Veränderungen der Geschlechterverhältnisse in der Geschichte auseinanderzusetzen. Unser Angebot richtet sich deshalb nicht nur an homosexuelle Lehrkräfte, sondern an alle interessierten Kolleg_innen. Für die Teilnahme an der Führung sowie an der Nachsitzung beim Italiener brauchen wir jeweils verbindliche Anmeldungen bis zum Freitag nach den Osterferien (17.4.) an: bodo.busch@netcologne.de. Links zum Thema: <http://www.csngoeln.de/Texte/Stadtrundg.htm> <http://queerhistory.de/>

Erstes Staatsexamen - was nun? Informationsveranstaltungen für Lehramtsstudierende zum Referendariat

Das Hochschulinformationsbüro (HIB) der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft bietet für die vielen Lehramtsstudierenden der Universität zu Köln in jedem Semester Informationsveranstaltungen zum Thema Referendariat an. Das Berufsbild des Lehrers/der Lehrerin und die praktischen Anforderungen, die an Referendare und Referendarinnen in Schule und Seminaralltag gestellt werden, können in der universitären Lehramtsausbildung kaum thematisiert werden. Dieses Defizit möchte die GEW durch die Veranstaltung „Erstes Staatsexamen - was nun?“ ausgleichen.

Informiert wird u.a. über das Bewerbungsverfahren, den bedarfsdeckenden Unterricht und über den ganz normalen Alltag während des Referendariats. Außerdem besteht die Möglichkeit individuelle Fragen zu klären.

LA Berufskolleg
Montag, 18. Mai 2015
17.45 - 19.15 Uhr
Hörsaal 113 (236), IBW – Gebäude

LA GHR, Schwerpunkt Grundschule
Dienstag, 19. Mai 2015
17.45 - 19.15 Uhr
Hörsaal 113 (236), IBW - Gebäude

LA GHR, Schwerpunkt HRGe
Dienstag, 19. Mai 2015
19.30 - 21.00 Uhr
Hörsaal 113 (236), IBW – Gebäude

LA Gymnasium/Gesamtschule
Mittwoch, 20. Mai 2015
19.00 - 20.30 Uhr
Hörsaal II, Uni-Hauptgebäude

LA Sonderpädagogik
Donnerstag, 21. Mai 2015
17.45 - 19.15 Uhr
Hörsaal H 121 (H1), HF-Hauptgebäude

Dschungel Weiterbildungsförderung

von Nina Goerges, Rechtsberatung Köln

Die Weiterbildung ist ein Dschungel – zumindest was die möglichen Förderungen der unterschiedlichen Maßnahmen angeht: Da gibt es Förderungen des Bundes, der Länder, des europäischen Sozialfonds, Förderungen privater Stiftungen – für alle, nur ab 25, nur für Beschäftigte oder nur für Langzeitarbeitslose...

Hier ein kleiner Überblick über die wichtigsten Förderungsmöglichkeiten:

Die bekannteste Förderungsmöglichkeit des Bundes ist die Bildungsprämie. Sie besteht aus zwei Bestandteilen:

Da ist zum einen der **Prämiengutschein** (einkommensabhängige Prämie):

Der Prämiengutschein fördert die individuelle berufliche Weiterbildung durch einen Zuschuss zu den Kursgebühren und Prüfungskosten. Alle zwei Kalenderjahre kann ein Gutschein ausgegeben werden. Gefördert werden können 50 % der Veranstaltungskosten für Maßnahmen, die maximal 1.000 Euro (inkl. MwSt.) kosten, maßgeblich ist der Betrag auf der Rechnung des Bildungsträgers. Der Zuschuss beträgt also maximal 500,- Euro.

Beantragen können den Prämiengutschein alle Personen ab 25 Jahren (angestellt oder selbstständig), wenn sie mindestens 15 Stunden in der Woche erwerbstätig sind und wenn ihr jährliches Einkommen 20.000 Euro (40.000 Euro bei gemeinsam veranlagten Personen) nicht übersteigt.

Der zweite Bestandteil der Bildungsprämie ist das sogenannte **Weiterbildungssparen** (einkommensunabhängige Prämie):

Das **Weiterbildungssparen** ist interessant für Erwerbstätige, die mit vermögenswirksamen Leistungen über das Vermögensbildungsgesetz sparen. Mit ihm ist eine vorzeitige Entnahme des angesparten Guthabens für berufsbezogene Weiterbildungszwecke möglich, ohne dass damit die Arbeitnehmersparzulage verloren geht. Voraussetzung für den Einsatz eines Spargutscheins ist ausschließlich das Vorhandensein eines entsprechenden Ansparguthabens.

Eine weitere Finanzierungsmöglichkeit der Weiterbildung durch den Bund ist das **Aufstiegsstipendium**:

Es unterstützt Berufserfahrende wenn diese nach ihrer Ausbildung zusätzlich ein Hochschulstudium abschließen möchten. Ein Vollzeit-Studierender erhält hier monatlich 670 Euro plus 80 Euro Büchergeld. Zusätzlich besteht die Möglichkeit, eine Betreuungspauschale für Kinder unter 10 Jahre zu erhalten (113 Euro für das erste Kind, für jedes weitere 85 Euro). Die Förderung ist einkommensunabhängig. Studiert man neben dem Beruf besteht die Möglichkeit einer Förderung in Höhe von 2000 Euro jährlich. Gefördert werden Bewerber mit abgeschlossener Berufsausbildung und mindestens 2 Jahren Berufserfahrung, die noch kein abgeschlossenes Hochschulstudium haben. Zusätzlich müssen Bewerber eine

Rechtsberatungen im Stadtverband Köln

- Ines Bartenstein, Personalrätin Gesamtschule, berät in Schulfragen und wird unterstützt von Personalräten aller Schulformen. Telefonische Rechtsberatung jeden Montag und Donnerstag von 17.00 bis 19.00 Uhr
- Nina Goerges berät KollegInnen im Sozial- und Erziehungsbereich und betreut alle Betriebsräte.
- Christine Oberhäuser bietet allen Ruheständlern eine persönliche Beratung zu Fragen von Beihilfe, Pflegegeld, Ruhegeld, Witwen- und Witwergeld an.

Terminabsprachen für alle drei Beratungen telefonisch unter 0221-516267 oder per E-Mail: kontakt@gew-koeln.de.

Ruhestand von wegen!

von Jutta Jilg

besondere Leistungsfähigkeit nachweisen, z.B. durch die Abschlussnote der Ausbildung, oder die erfolgreiche Teilnahme an einem Leistungswettbewerb.

Eine dritte Förderungsmöglichkeit des Bundes ist der **Bildungsgutschein**:

Zielgruppe des Bildungsgutscheins sind Arbeitslose oder Arbeitnehmer die von Kündigung bedroht sind, bzw. derer befristeter Vertrag ausläuft. Gefördert werden solche Weiterbildungen, die den Wiedereinstieg bzw. das Verweilen im Berufsleben wahrscheinlicher machen. Erhält man einen Bildungsgutschein werden alle Kosten der gewählten Fortbildung übernommen.

Die bekannteste Förderungsmöglichkeit des Landes NRW ist der **Bildungsscheck**:

Gefördert werden hierdurch berufliche Weiterbildungen die entweder fachliche Kompetenzen oder berufliche Schlüsselqualifikationen vermitteln.

Voraussetzung hierfür ist, dass der Bewerber in NRW beschäftigt ist (keine Selbstständigen oder Freiberufler), der Betrieb in dem man arbeitet weniger als 250 Mitarbeiter hat, das zu versteuernde Einkommen maximal 30.000 Euro (bei gemeinsam Veranlagten maximal 60.000 Euro) beträgt und die Kurskosten mindestens 500 Euro betragen.

Die Förderhöhe des Bildungsschecks beträgt je Scheck 50 % der Kurskosten, höchstens jedoch 500 Euro. Alle zwei Jahre kann ein neuer Bildungsscheck beantragt werden.

Auch die EU bietet zahlreiche Förderungsmöglichkeiten an. Diese richten sich aber meist an öffentliche Verwaltungen, Wohlfahrtsverbände oder derer Sozialpartner, die die Fördermittel durch eigene Programme weitergeben. So wird z.B. auch die Bildungsprämie des Bundes oder der Bildungsscheck in NRW unter anderem durch den Europäischen Sozialfonds finanziert.

Der ESZ fördert ab 2015 auch ein Programm, dass die Ausbildung zum Erzieher bzw. zur Erzieherin attraktiver für Menschen mit Berufserfahrung machen will. Für Teilnehmende soll es möglich sein schon während der Ausbildung eine existenzsichernde Vergütung zu erhalten.

Genau ein Vierteljahrhundert ist es her, als Hildegard begann, für den Stadtverband Köln der GEW zu arbeiten. Ein Vierteljahrhundert ist eine lange Zeit und viel ist seither passiert, auch beim Stadtverband. Die Mitgliederzahl ist von rund 1.500 Mitgliedern, zu der Zeit als Hildegard die Geschäftsführung übernahm, bis heute auf über 5.100 Mitglieder angestiegen. Hildegard hat stetig agiert und reagiert. Einer der größten Erfolge war für Hildegard, die Abwendung der hohen Rentennachzahlungen an die BfA, die alle Honorarkräfte Ende der 1990er schockte. Durch ihr unermütelches Verhandeln und den Dialog mit allen Betroffenen konnten die Forderungen der BfA abgewendet werden. Früher galt die GEW ausschließlich als „Lehrergewerkschaft“. Auch hier konnte Hildegard durch ihren Einsatz Erzieherinnen für die GEW gewinnen, indem sie die Arbeitsbedingungen an Kindertagesstätten durchleuchtete und die zunehmenden Belastungen durch KiBiz klar herausstellte, sehr zum Unmut einer anderen Gewerkschaft. Hildegard ist immer da, ob späte Veranstaltung am Abend, ob Fortbildung am Wochenende oder ein früher Termin noch vor der Schule oder dem Kindergarten, Hildegard macht's möglich. Tarifverhandlungen bei Berlitz, dem Internationalen Bund oder Fröbel kein Problem, egal wo, ob Hannover, Berlin oder Frankfurt, Hildegard ist dabei. Nicht alles war einfach, schwierige Diskussionen musste sie überwinden und die Nerven behalten. Berge von Materiallieferungen an die kleine Geschäftsstelle, endlose Gewerkschaftstage mit unzähligen Anträgen, Streiks, didacta-Messen oder Jubilarfeiern, alles wurde von Hildegard organisiert. Ein großes Arbeitspensum bleibt zurück.

Ende März ist Schluss mit der Geschäftsführung, der Ruhestand kommt. Auf Hildegard warten nun nicht nur die Enkel, auch das Rennrad wird sich in Zukunft auf mehr und längere Touren einstellen müssen.

Frauenförderung fängt früh an

von Martina Brauckmann-Kleis,
Bezirkspersonalrätin Gym/WBK

Am 8. Mai haben wir den Internationalen Frauentag gefeiert. Die SchulleiterInnen zu unterstützen bei der Umsetzung der Gleichstellung – was heute immer noch bedeutet, auf Frauenförderung und gendergerechte Sprache zu achten – ist eine Aufgabe von PersonalrätInnen.

Fehlende BewerberInnen

An vielen Schulformen gibt es Schwierigkeiten, Schulleitungsstellen zu besetzen. Man hört es aus dem Bereich des Berufskollegs genauso wie im Grundschulbereich. Auch am Gymnasium müssen manche Stellen dreimal neu ausgeschrieben werden, weil keine Bewerbungen vorliegen. Gleichzeitig ist die Frauenquote z.B. bei A16 SchulleiterInnen am Gymnasium erschreckend niedrig.

Woran liegt das?

Frauenförderung fängt früh an und ist eine Aufgabe unter vielen von SchulleiterInnen. Junge Frauen, die hoch motiviert in den Schuldienst kommen, stehen häufig kurz vor oder am Beginn der Familienphase ihres Lebens. Wenn der Unterhalt gesichert ist und die Frau selbst eine unbefristete Stelle hat, ist Raum da, eigene Kinder zu bekommen. In dieser Phase ist es eine große Aufgabe für Vorgesetzte, diese Frauen mit ihren spezifischen Fähigkeiten zu schätzen und

zu fördern. Leider begegnen mir in Gesprächen immer noch SchulleiterInnen, die diese KollegInnen als lästige Erschwernis ihrer eignen Arbeit erleben. Junge Mütter haben eine hohe Belastung außerhalb des Berufs, sind zeitlich weniger flexibel und gleichzeitig hoch engagiert. Sie bringen neue Fähigkeiten aus der Elternzeit mit, können gut organisieren, sich schnell auf neue Situationen einstellen und erleben aus einer inneren Sicht, wie Kinder – also auch SuS – empfinden. Gleichzeitig haben sie erfahren, wie eingeschränkt das Leben ist, wenn frau keiner Erwerbsarbeit nachgeht und sich nur im privaten Sektor aufhält. Auch Hannah Arendt bestätigt diese Erfahrung in ihrer anthropologischen Schrift „Vita activa“. Sie erläutert, dass in der griechischen Antike der private Bereich die Arbeit der SklavInnen und der Frauen umfasste, die abgetrennt vom eigentlichen politischen Handeln auf dem öffentlichen Forum nur für den Erhalt des Lebens sorgten. Heute sind wir der Ansicht, dass erwachsene Menschen unabhängig von Geschlecht sowohl öffentlich auftreten als auch für das Private sorgen sollten. In der Phase nach der Elternzeit ist eine Leitung mit Fingerspitzengefühl gefragt, die Freiräume schafft, Verständnis hat für kollidierende Termine in der Doppelbelastung und gleichzeitig den Kolleginnen das Gefühl für den hohen Wert ihrer Arbeit vermittelt.

weiter auf der nächsten Seite



EINLADUNG

Wer rettet wen?

Deutschland 2015, 104 Min, Buch: Herdolor Lorenz, Regie: Leslie Franke

Die Krise als Geschäftsmodell auf Kosten von Demokratie und sozialer Sicherheit

Seit fünf Jahren werden Banken und Länder „gerettet“. Politiker schaffen immer neue Rettungsfonds, während mitten in Europa Menschen wieder für Hungerlöhne arbeiten müssen. Es wird gerettet, doch für viele Menschen ist keine Rettung in Sicht. Der Film zeigt, wer tatsächlich gerettet wird: Nie ging es dabei wirklich um die Griechen, Spanier oder Portugiesen. Stets geht es nur um das Wohl der Hauptverdiener an diesen Krisen: der mit riskanten Spekulationen in Krisenländern engagierten großen Banken. Für diese ist die Krise ein lukratives Geschäftsmodell - den allermeisten Menschen bringt sie hingegen nur sozialen Kahlschlag und milliarden schwere Risiken. Doch der Film macht auch Hoffnung, indem er zeigt: Alternativen sind nicht nur nötig, sondern auch möglich!

Nach „Bahn unterm Hammer“ und „Water makes money“ die neue, brandaktuelle Produktion der „Kernfilm“ von Leslie Franke und Herdolor Lorenz.

Vorführungen in Köln am 14.3. 20h Filmforum NRW im Museum Ludwig, Bischofsgartenstr. 1 (nh. Dom/ Hbf), Eintritt 5 / 3 Euro
Anschließend an die Vorführung: kurze Diskussion.
Veranstalter: attac Köln

Alle Infos zum Film (auch Termine in anderen Städten):

<http://wer-rettet-wen.org/>

**Lieber mehr oder weniger Stunden?**

Jungen Kolleginnen kann man aus Personalratssicht nur raten, auf Kontinuität ihrer Tätigkeit mit einer Stundenzahl, die sich an einer vollen Stelle orientiert, zu achten. Pensions- und Rentenansprüche werden nach der derzeitigen Gesetzgebung von Frauen selbst erwirtschaftet. Erst nach 40 Dienstjahren in Vollzeit wird der Höchstsatz der Pensionsansprüche erreicht. Jedes Jahr, das daran fehlt – und mit halber Stelle gearbeitete Jahre zählen nur als halbe Jahre – gehen mit ca. 1,8% Verlust in die Berechnung ein. Eine Kollegin beispielsweise, die nach ein paar reduziert gearbeiteten Jahren überlegt, wie sie weiter arbeiten soll, bekommt, wenn sie ab ihrem 40sten Lebensjahr die restliche Zeit nur eine halbe Stelle macht, ca. 1300,- Euro Pension, bei voller Stelle wären es 2300,- Euro.

Nach Alternativen suchen

In Anbetracht von Burnout - Fällen selbst in der Blüte der Jahre, möchte ich damit nicht raten, auf Teufel komm raus möglichst viele Stunden zu unterrichten. Aber ich möchte einiges zu bedenken geben. Ist es wirklich sinnvoll, wenn der Mann weiterhin eine volle Stelle arbeitet, häufig sogar ebenfalls im Lehrerberuf und die Frau stark reduziert? Wie kann die häusliche Belastung gerechter verteilt werden? Lohnt es sich nicht, haushaltsnahe Dienstleistungen outzusourcen und fürs Putzen und Teile der Kinderbetreuung Jemanden zu engagieren und mit dem wesentlich höheren Gehalt der gut ausgebildeten Lehrerin zu finanzieren?

Offene Fragen

Zum Thema Frauenförderung bleibt noch einiges offen. Wie können Frauen ihre Karriere planen? Welche Unterstützung von Seiten der Behörde gibt es? Worauf kann ich mich berufen? Was ist die Teilzeitempfehlung der Bezirksregierung? Und vieles mehr. Daher werde ich in einer späteren Ausgabe des *forum* in der Rubrik „Neues aus dem Personalrat“ diese Thema wieder aufgreifen und in einer Art Fortsetzungsgeschichte immer wieder andere Aspekte dazu beleuchten. Wenn Sie Fragen dazu haben, wenden Sie sich an PersonalrätInnen der GEW Ihrer Schulform oder direkt an die Redaktion.

Griechenland nach der Wahl

Keine Gefahr, sondern eine Chance für Europa



Reiner Hoffmann (DGB), Frank Bsirske (ver.di), Robert Feiger (IG BAU), Alexander Kirchner (EVG), Michaela Rosenberger (NGG), Marlis Tepe (GEW), Michael Vassiliadis (IG BCE) und Detlef Wetzel (IG Metall) sind ERSTUNTERZEICHNER der Initiative EUROPA NEU BEGRÜNDEN. Das Ziel: Der politische Erdbeben in Griechenland ist eine Chance nicht nur für dieses krisengeschüttelte Land, sondern auch dafür, die Wirtschafts- und Sozialpolitik der EU grundsätzlich zu überdenken und zu korrigieren.

Wir unterstreichen erneut die von Seiten der Gewerkschaften in den zurückliegenden Jahren vielfach geäußerte Kritik: Die entscheidenden Bedingungen, unter denen die finanziellen Hilfen für Griechenland gewährt werden, hatten von Anfang an nicht die Bezeichnung »Reform« verdient. Die Milliarden, die nach Griechenland geflossen sind, wurden vor allem für die Stabilisierung des Finanzsektors verwendet. Gleichzeitig wurde das Land mit einer brutalen Kürzungspolitik in die tiefste Rezession und damit zugleich in die höchste Staatsverschuldung der gesamten EU getrieben. Die Folge ist eine soziale und humanitäre Krise ohne Beispiel in Europa: Ein Drittel der Bevölkerung lebt in Armut, soziale Absicherungen wurden massiv geschwächt, der Mindestlohn um 22% gesenkt, das Tarifvertragssystem und andere Schutzrechte für noch Beschäftigte demonstriert, und ausgerechnet die unteren Einkommensgruppen wurden zusätzlich steuerlich belastet. Die Arbeitslosigkeit liegt jetzt bei 27%, unter Jugendlichen sogar bei über 50%. Vielen Menschen fehlen ausreichende Mittel für Nahrung, Strom, Heizung und Wohnung. Ein großer Teil der Bevölkerung hat keine Krankenversicherung mehr und bekommt nur noch in Notfällen Zugang zu ärztlicher Versorgung. Das Wahlergebnis ist ein vernichtendes Urteil über diese verfehlte Politik.

Mit Reformen, die an den tatsächlichen Problemen Griechenlands ansetzen, hatte all dies nichts zu tun. Keines der strukturellen Probleme des Landes wurde

gelöst, es wurden aber zusätzliche geschaffen. Es war eine Politik des Abbaus, nicht des Aufbaus. Wirkliche Strukturreformen, die diesen Namen verdienen, bahnen Wege zu neuen wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten des Landes, anstatt eine hochqualifizierte junge Generation ins Ausland zu vertreiben. Wirkliche Strukturreformen machen erst mit der Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Steuerflucht. Wirkliche Strukturreformen bekämpfen Klientelpolitik und Korruption bei öffentlichen Aufträgen. Die neue griechische Regierung ist herausgefordert, ihre eigenen Wiederaufbau- und Entwicklungsprojekte vorzulegen, die Teil eines »Europäischen Investitionsplanes« werden müssen, wie er seit langem von den Gewerkschaften gefordert wird, und die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass derartige Projekte Früchte tragen können.

Mit der neuen griechischen Regierung muss ernsthaft und ohne Erpressungsversuche verhandelt werden, um dem Land eine wirtschaftliche und soziale Perspektive jenseits der gescheiterten Austeritätspolitik zu eröffnen. Dies gilt insbesondere für die mit der bisherigen, jetzt abgewählten Regierung vereinbarten zerstörerischen Auflagen, unter denen die internationalen Kredite bislang gewährt wurden. Europa darf nicht auf der Fortsetzung einer Politik zu Lasten der Bevölkerung beharren, die von der Mehrheit der Wählerinnen und Wähler unmissverständlich abgelehnt wird. Ein »Weiter so« darf es nicht geben!

Die Abwahl der für die bisherige Politik in Griechenland Verantwortlichen ist eine demokratische Ent-

EINLADUNG

Ausstellung
Immer bunter.

Einwanderungsland Deutschland

mit Betreuung durch den Besucher-
dienst

am Donnerstag, 5. März 2015 im
Haus der Geschichte in Bonn

Treffpunkt 10.45 Uhr im Foyer des
Museums

weitere Ausstellungen (neben der
Dauerausstellung):

„Festakt oder Picknick? Deutsche
Gedenktage“ im Foyer

„Aufbruch im Osten“ in der U-Bahn
Galerie (50 Aufnahmen des
ehemaligen „stern“-Fotografen
Harald Schmitt)

Die Teilnehmerzahl ist begrenzt;
deshalb bitte bei der GEW-
Geschäftsstelle (Telefon: 0221-
516267) verbindlich anmelden und
im Verhinderungsfall auch wieder
abmelden!

Zum Ausruhen und Stärken ist das
Museumscafé ab 13 Uhr reserviert -
Teilnahme bitte bei der Anmeldung
angeben.

scheidung, die auf europäischer Ebene respektiert werden muss. Die neue Regierung braucht eine faire Chance. Wer jetzt die Fortsetzung des bisherigen, so genannten Reformkurses verlangt, spricht faktisch der griechischen Bevölkerung das Recht auf eine demokratisch legitimierte Neuorientierung der Politik in ihrem Land ab. Und wenn hinzugefügt wird, eine solche Neuorientierung sei allenfalls möglich, wenn Griechenland aus der Europäischen Währungsunion ausscheide, werden die europäischen Institutionen für unvereinbar mit demokratischen Entscheidungen in den Mitgliedsländern erklärt. So erhalten die erstarkenden nationalistischen Strömungen in Europa zusätzlichen Rückenwind.

Die vielfach beklagten, doch immer noch nicht überwundenen demokratischen Legitimationsdefizite auf europäischer Ebene dürfen nicht zusätzlich durch die Einschränkung der Demokratie in den Mitgliedsländern zementiert werden. Vielmehr muss, wie viele von uns 2012 in dem Aufruf »Europa neu begründen« hervorgehoben haben, die Demokratie auf EU-Ebene gestärkt werden, wenn dem europäischen Projekt neue Glaubwürdigkeit gegeben werden soll. Das europäische Projekt wird nicht durch Spardiktate gestärkt, sondern nur durch die demokratische Initiative von unten für wirtschaftlichen Wiederaufbau und mehr soziale Gerechtigkeit.

Diese Initiative muss jetzt im Interesse der Menschen in Griechenland unterstützt werden. Sie gibt zugleich neue Anstöße für einen politischen Kurswechsel in Europa. Der politische Umbruch in Griechenland muss zu einer Chance für ein demokratisches und soziales Europa gemacht werden!

Wer diesen Aufruf unterstützen möchte, kann auf der Homepage des DGB unterzeichnen: www.koeln-bonn.dgb.de

Besuch in der Van Dyck-Biokaffee-Rösterei

von Helga Pennartz

Vor etwa 30 Jahren besichtigte ich in Braunschweig eine Kaffee-Rösterei. Ich erinnere mich an größere Fabrikräume mit verschiedenen Kaffeeröstern und einem Lager bestückt mit vielen Kaffeesorten aus der ganzen Welt. All dies kann man vergessen, wenn man die Kaffeerösterei Van Dyck in der Körnerstraße 43 in Köln-Ehrenfeld betritt. Das Ladenlokal wurde bis 2010 von einem Friseur genutzt. Dieser kleine und für eine Kaffeerösterei sehr schmale Raum vereint heute Gastronomie, Verkaufsraum und Produktionsstätte. An einem schmalen Tresen, der von der Fensterfront bis zum anderen Ende des Raumes reicht, kann man als Gast Platz nehmen und seinen Kaffee, Cappuccino oder Espresso genießen und dem Barista (dem Bediener der Kaffeebar) zuschauen, denn es gibt keinen Tresen, keine Barriere, die dies stört. Weiter hinten im Ladenlokal drehen sich die Kaffeebohnen unüberhörbar in der Röstmaschine. So empfindet der Besucher eine gewisse Kaffeeromantik, wie sie durch das Werbefernsehen vermittelt wird, wohl aber in der Regel kaum etwas mit der Realität zu tun hat – außer bei Van Dyck ... Namenspatron für die Rösterei ist der Barockmaler Anthonis van Dyck (1599-1641), dessen Gemälde prägen dunkle, kaffeebraune Farbtöne. Genau diese Farbe soll der Kaffee in der Körnerstraße haben. Wir wurden zu einem Getränk eingeladen, um uns von der Richtigkeit der Aussage zu überzeugen. Rund 150 Liter Kaffee werden von Deutschen pro Kopf im Jahr getrunken. Kaffee-Sträucher (oder -Bäume) benötigen ein ausgeglichenes Klima ohne Temperaturextreme. Die Anbaugelände liegen zwischen den Wendekreisen, bei Arabica-Kaffee (Weltmarktanteil ungefähr 60 %) in Höhen von etwa 600 bis 1200 Meter, bei Robusta-Kaffee (Weltmarktanteil ungefähr 36 %) zwischen 300 und 800 Meter. Einmal im Jahr wird geerntet, in einigen Anbaugeländen auch zweimal. Von einem Kaffeebaum oder -strauch erhält man etwa 1 Pfund Röstkaffee. Bei der Aufbereitung



werden zur Gewinnung des Rohkaffees die Fruchthaut, das Fruchtfleisch (auch [Pulpe](#) genannt), der auf dem Pergamenthäutchen befindliche Schleim, das Pergamenthäutchen und - soweit möglich - auch das Silberhäutchen entfernt. Um Rohkaffee genießbar zu machen werden die Bohnen geröstet. Allgemein versteht man unter Rösten das trockene Erhitzen der Kaffeebohnen, üblicherweise unter atmosphärischem Druck, dabei werden die röstkaffeespezifischen Farb-, Geschmacks- und Aromastoffe gebildet. Bereits bei 60 °C beginnt der Röstvorgang und endet im traditionellen Röstverfahren bei ca. 200–250 °C, beziehungsweise im zeitsparenden Industrieröstverfahren bei Temperaturen von bis zu 550 °C. Je länger bei niedriger Temperatur geröstet wird, desto höher ist die Röstkaffeequalität, weil mehr unverträgliche [Säuren](#) abgebaut und mehr Aromastoffe aufgebaut werden. In der Kaffeerösterei Van Dyck läuft die Rösttrommel etwa 21 Minuten bis maximal 229 °C, es wird Arabica Kaffee aus Mittelamerika und Afrika sowie Robusta aus Afrika verarbeitet. Den bio-zertifizierten und fair gehandelten Rohkaffee bezieht die Ehrenfelder Rösterei über einen niederländischen Importeur, hinzu kommen Bohnen einer mexikanischen Bauerngesellschaft. 30 t Rohkaffee werden z. Zt. verarbeitet und hauptsächlich an Gastronomiebetriebe verkauft. Laufkundschaft gibt es wenig bis gar keine, ist aber willkommen und ein Erlebnis. Versuchen Sie einen Kaffee, Latte, Cappuccino, ... Es schmeckt vorzüglich!

EINLADUNG

**DER BERLINER
SKULPTURENFUND**

Führung durch die Ausstellung
im Römisch-Germanisches Museum

Bei den archäologischen Ausgrabungen für den Bau der Berliner U-Bahn kamen 2010 vor dem Berliner Roten Rathaus völlig unerwartet Skulpturen der klassischen Moderne ans Tageslicht: von den Nationalsozialisten als „Entartete Kunst“ aus den Museen entfernte und seither verschollene Kunstwerke.

Mittwoch, 15. April 2015
11:30 - 12:30 Uhr

Treffpunkt 11.15 Uhr
im Foyer des Museums
Kosten: 9 Euro

Die Anzahl der Teilnehmer ist auf 25 Personen begrenzt. Daher in der GEW Geschäftsstelle (Telefon: 0221-516267) verbindlich anmelden und bei Verhinderung das Abmelden nicht vergessen; es gibt meist viele Nachrücker, die auch gerne an der Führung teilnehmen würden!

**„Die Kathedrale“
imposante Kirchenbilder**

von Helga Pennartz

Für die Ausstellung im Wallraf-Richartz-Museum wurden Kunstwerke aus der ganzen Welt zusammengetragen, die sich mit Kirchen in Bischofssitzen beschäftigen - denn nur das sind Kathedralen (Dome, Münster). Sie sind atemberaubende Bauwerke, ziehen Touristen aus aller Welt an und sind Zeugen längst vergangener Zeit.

Mehrere Jahrhunderte lang schenkte man den gotischen Kathedralen nur wenig Beachtung. Sie galten als barbarisch und überladen. 1773 verfasste Johann Wolfgang von Goethe eine Schrift über das Straßburger Münster mit dem Titel „Von der deutschen Baukunst“ und löste damit eine Wiederentdeckung der Gotik in Deutschland aus. Die mittelalterlichen Kathedralen wurden zu Sehenswürdigkeiten und erhabenen Monumenten der Geschichte, die nationale Identität stifteten. Das galt besonders für den Kölner Dom, der unter der preußischen Herrschaft weniger als Gotteshaus denn als Nationaldenkmal fertiggestellt wurde. Goethe irrte mit seiner Behauptung „von der deutschen Baukunst“, denn ihren Ursprung hatte die Gotik in Frankreich. Auch hier waren die Kathedralen vergessen, teils zerstört oder notwendige Restaurationsarbeiten wurden nicht ausgeführt. Erst Victor Hugo löste mit seinem Roman „Glöckner von Notre Dame“ 1831 eine regelrechte Mittelalterbegeisterung in Frankreich aus. In beiden Ländern waren es zunächst Maler der Romantik, die sich den gotischen Sakralbauten als Abbild des himmlischen Jerusalems zuwandten. Danach beschäftigten sich in Frankreich die Impressionisten mit den Kathedralen als Motiv. Monets berühmte Bilderserie der Kathedrale von Rouen aus den Jahren 1892-1894 zeigt das Gotteshaus bei unterschiedlichen Licht- und Wetterverhältnissen. Vier Bilder dieser 33 Bilder umfassenden Serie waren in Köln zu sehen.

Ein Raum war ausschließlich dem Kölner Dom gewidmet und da die Sonderausstellung im 3. Obergeschoss des Museums war, konnte man als Besucher

EINLADUNG

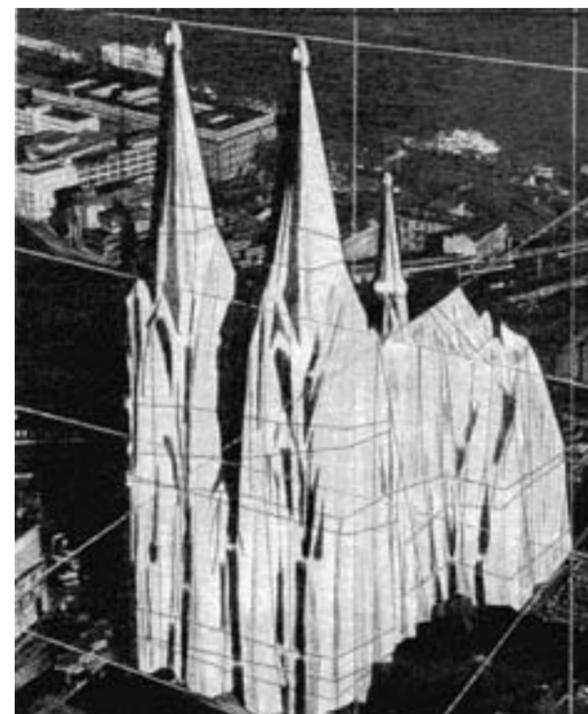
**Auschwitz
Topographie und Alltag in
einem Konzentrations- und
Vernichtungslager**

Eine Ausstellung vom NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln, von Peter Siebers, Köln sowie Prof. Gideon Greif, Tel Aviv, in Zusammenarbeit mit der Gedenkstätte und dem Museum Auschwitz wird heutzutage universell als Metapher für die größten Verbrechen der Menschheit, begangen vom nationalsozialistischen Deutschland, verstanden. Von dem Lagerkomplex des Konzentrations- und Vernichtungslagers sind heute nur noch wenige Gebäude erhalten geblieben. Die Ausstellung zeigt eine umfassende Rekonstruktion des Lagerkomplexes. Dabei wird der kühle technokratische Vorgang der Organisation der Massenvernichtung dem unmenschlichen Alltag der Häftlinge von der Ankunft bis hin zu ihrer Ermordung gegenübergestellt.

Die Museumspädagogin des NS-Dokumentationszentrums, Barbara Kirschbaum, führt uns durch die Ausstellung.

Dienstag, 28. April 2015
Treffpunkt um 14.15 Uhr im Foyer des NS-Dokumentationszentrums am Appellhofplatz

Kosten: 5 Euro
Die Teilnehmerzahl ist begrenzt, deshalb bei der GEW Geschäftsstelle verbindlich anmelden und im Verhinderungsfall auch wieder abmelden (0221-516267).



mit einem Blick aus dem Fenster Original und Bild vergleichen. Was kam dem Original näher: Warhols Darstellung der Doppeltürme des Kölner Doms oder das Bild von Christo „Mein Kölner Dom wrapped“? Die übrigen acht Räume der Ausstellung waren den Epochen bzw. Stilrichtungen des 19. und 20. Jahrhunderts zugeordnet. Die über 180 Exponate aus internationalen Sammlungen zeigten u. a. Werke von Caspar David Friedrich, John Constable, William Turner, Alfred Sisley, Camille Pissaro, Claude Monet, Auguste Rodin, August Macke, Lyonel Feininger, Pablo Picasso, Andreas Gursky, Roy Lichtenstein u.v.m. Der Raum mit dem Titel „1914“ zeigte die Kathedrale von Reims in Flammen. Deutsche Soldaten hatten das Gotteshaus im 1. Weltkrieg beschossen und damit in Brand gesetzt. Zu sehen war ein Wasserspeier der Kathedrale von Reims, dem geschmolzenes Blei aus dem Maul läuft. Das Blei des Daches hatte sich bei der enormen Hitze verflüssigt. Platziert wurde die Steinskulptur vor einigen Entwürfen der vor drei Jahren eingesetzten neuen Kirchenfenster für Reims, die der deutsche Künstler Imi Knoebel entworfen hat – eine Geste der Versöhnung und ein Zeichen der deutsch-französischen Freundschaft nach zwei Weltkriegen. Die Ausstellung „Die Kathedrale“ ist beendet, uns bleibt die Kathedrale in Köln. Sie gehört zu unserem Alltag, beherrscht das Stadtbild und ist mehr als ein steinerner Zeuge einer Religion.

Prekariat mit Doktorgrad

Promovenden und Postdocs rebellieren gegen schlechte Bezahlung und Kurzzeitverträge

von Anant Agarwala,
Die Zeit Nr. 6 vom 5.2.2015

Ihr Studium haben sie mit Bestnote abgeschlossen, Glückwünsche vom Dekan bekommen, vielleicht eine Blume zum Zeugnis. Dann beginnt für aufstrebende Wissenschaftler eine harte Zeit. Doktoranden arbeiten bis zu fünfzig Stunden in der Woche, bekommen aber oft nur zwanzig bezahlt. Sie haben vor lauter Lehrtätigkeiten kaum Zeit zum Promovieren, die Dissertation wird zum Wochenendvergnügen. Ihr Arbeitsvertrag ist auf wenige Jahre befristet. Und auch nach der Promotion kommt es an deutschen Hochschulen zu postdoctrumatischen Belastungsstörungen: viel Arbeit, ständige Unsicherheit. Kinder? Lieber nicht, wer weiß schon, wie es weitergeht. Und dann, am Ende der maximal auf zwölf Jahre befristeten Anstellungen – endlich Professor? Wahrscheinlich nicht. Viel zu viele Kandidaten für viel zu wenige Lehrstühle. Das Verhältnis von Promotionen und frei werdenden Professorenstellen beträgt durchschnittlich 20 zu 1. Wer den Absprung nicht schafft, wird mit Anfang vierzig zum akademischen Tagelöhner. Lehraufträge zu 25 Euro die Stunde, die Vor- und Nachbereitung unbezahlt, keine Sozialversicherung und in den Semesterferien: kein Geld. Ins Prekariat mit Doktorgrad – eine typische Karriere an deutschen Universitäten. Fast neunzig Prozent aller wissenschaftlichen Mitarbeiter sind befristet angestellt, die Hälfte von ihnen mit einer Vertragslaufzeit von weniger als einem Jahr. Sie hangeln sich von Stelle zu Stelle. Man kann sagen, der wissenschaftliche Nachwuchs wird in Deutschland systematisch ausgebeutet, bis er am Ende in einer Sackgasse landet. Eine düstere Perspektive auch für den Wissenschaftsstandort Deutschland: Viele der besten Leute gehen lieber in die Wirtschaft oder ins Ausland. Das Problem ist seit 1917 bekannt. Damals hielt Max Weber seinen Vortrag Wissenschaft als Beruf und stellte fest: »Es ist außerordentlich gewagt für einen jungen Gelehrten, der keinerlei Vermögen hat, überhaupt den Bedingungen der akademischen Laufbahn sich auszusetzen. Er muss es mindestens

eine Anzahl Jahre aushalten können, ohne irgendwie zu wissen, ob er nachher die Chance hat, einzurücken in eine Stellung, die für den Unterhalt ausreicht.«

Die Gewerkschaft fordert Karrierewege wie in Amerika

In fast hundert Jahren hat sich nicht viel getan. Obwohl das Problem ein Dauerthema ist, sind Hochschulen und Forschungseinrichtungen für den Mittelbau noch immer Work-Life-Balancefreie Zonen. Die Möglichkeit zur Ausbeutung junger Wissenschaftler ist im Wissenschaftszeitvertragsgesetz rechtlich abgesichert, weil weder Mindestvertragslaufzeiten festgelegt noch unbefristete Verträge für Daueraufgaben vorgeschrieben sind. Nun endlich kommt Bewegung in die Sache. Die Onlinepetition einer Initiative junger Politikwissenschaftler, die sich in Anknüpfung an Webers Vortrag »Wissenschaft als Beruf« nennt, hat bereits 4600 Unterzeichner. »Wir machen Druck von unten und zeigen, dass wir uns nicht alles gefallen lassen«, sagt Andreas Kruck, wissenschaftlicher Assistent am Politikinstitut der LMU München und einer der Initiatoren der Petition. Druck kommt auch von der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft (GEW), die schon 2010 im »Templiner Manifest« grundlegende Reformen gefordert hatte. Vor drei Wochen legte die GEW konkrete Vorschläge zur Anpassung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes vor. Die Forderungen: Mindestvertragslaufzeiten für Doktoranden von drei Jahren, mindestens 50 Prozent der Arbeitszeit für die Dissertation und ein sogenannter Tenure-Track als klare Perspektive für Postdocs. Im Tenure-Track, in den USA akademischer Standard, vereinbaren Hochschule und Wissenschaftler klare Zielvorgaben für den Zeitraum des Vertrages. Erfüllt der Wissenschaftler die Vorgaben, stellt ihn die Universität anschließend unbefristet ein. Er sei »verhalten zuversichtlich«, dass sich die bessere, sagt Andreas Keller, stellvertretender Vorsitzender der GEW. »Immerhin sind wir schon so weit, dass niemand mehr die Probleme leugnet.« Die Hochschulrektorenkonferenz

hat sich schon bewegt, und nun bewegt sich auch die Politik. Bundesbildungsministerin Johanna Wanka (CDU) hat der Süddeutschen Zeitung gesagt, es sei »indiskutabel«, dass mehr als die Hälfte der Wissenschaftler bei ihrem ersten Vertrag kürzer als ein Jahr beschäftigt würden. Das Thema steht auch im Koalitionsvertrag. Im Dezember 2014 trafen sich die Arbeitsgruppen »Bildung und Forschung« der Regierungsfractionen zu einem Fachgespräch.

»Bis zum Sommer muss vom Bund etwas kommen« Noch herrscht ein Dissens zwischen den Fraktionen, wie dem Nachwuchs und Mittelbau konkret geholfen werden soll. Von der SPD heißt es, sie wolle das Thema lieber heute als morgen angehen, aber die CDU trete auf die Bremse. Die Union wiederum sieht die Sozialdemokraten unüberlegt vordreschen, statt die Situation vernünftig Wissenschaftszeitvertragsgesetzes soll, so ist zu hören, zum 1. Januar 2016 in Kraft treten und fortan die kurzläufigen Verträge verhindern. Die Hochschulen sollen künftighin den Doktoranden Laufzeiten anbieten, die sich an der Dauer einer Promotion orientieren. Wissenschaftli-

che Mitarbeiter in Drittmittelprojekten sollen Verträge bekommen, die so lange laufen wie das Projekt. Auch das war bislang nicht der Fall. Die mangelnde Vereinbarkeit von Familie und Beruf, momentan ein Ausstiegsgrund für viele fähige Leute aus der Wissenschaft, soll ebenfalls angegangen werden, um die akademische Karriere attraktiver zu machen. Vorstellbar ist zudem, dass der Bund die Verteilung von Fördergeldern an Bedingungen knüpft – dass die Hochschulen zum Beispiel nur dann Geld bekommen, wenn sie die Befristungsquoten senken. Auch die Länder werden gefordert: Bildungsministerin Wanka rechnet vor, dass die Länder durch die Befreiung von der Bafög-Zahlung durch den Bund genug Geld hätten, um 10 000 neue Stellen zu schaffen. So wird der Druck fleißig umverteilt. Andreas Keller von der GEW sieht Bildungsministerin Wanka gefordert. »Bis zum Sommer muss vom Bund etwas kommen. Ansonsten ziehen wir alle Register: bundesweite Demonstrationen, Streiks. Die Chance, dass sich etwas ändert, war noch nie so groß wie jetzt.«

„Umsteigen“ - Angebot für Studierende, die sich umorientieren wollen

In Köln starten jährlich rund 12.000 junge Menschen ihr Studium an den Hochschulen. Gesicherte Angaben der Zahl derjenigen, die ihr Studium nicht zu Ende bringen, liegen nicht vor. Schätzungen gehen aber davon aus, dass diese Zahl in Köln bei etwa 20-30 % liegt. Bisher fehlten für diese jungen Menschen ein Beratungsangebot und Anrechnungsmöglichkeiten. Mit „Umsteigen“ kann diese Lücke geschlossen und eine Brücke in die berufliche Bildung geschlagen werden. Mit den attraktiven Regelungen zur Anrechnung von Studienleistungen haben es Studierende jetzt leichter, sich neu zu orientieren. Ob verkürzte Berufsausbildung, die unmittelbare Zulassung zu einer Fortbildungsprüfung, z. B. als Meister/-in oder Fachwirt/-in oder eine Abschlussprüfung ohne vorhergehende Berufsausbildung - es bestehen verschiedene Möglichkeiten, je nach individueller Situation und Vorkenntnissen. Weitere Informationen und Ansprechpartner/-innen finden sich auf: www.umsteigen-koeln.de



Gute Arbeit an der Hochschule?

Eine Diskussionsreihe der GEW-Fachgruppe Hochschule und Forschung zur Situation an den Kölner Hochschulen im Januar 2015

**von Anne Klein/Klaus Herrmann,
Fachgruppe Hochschule und Forschung**

Es betrifft Fachhochschulen ebenso wie Universitäten und Forschungsinstitute: Festangestelltes wissenschaftliches Personal, das an den Gremien der Mitbestimmung teilnehmen und die Institutionenkultur dauerhaft mitgestalten kann, gibt es selten. Die Beobachtung, dass es im Mittelbau der Hochschulen kaum Dauerarbeitsverhältnisse gibt, ist nicht nur unter demokratietheoretischen Gesichtspunkten bedenklich. Auch neugieriger Forschergeist und eine qualitativ hochwertige Lehre sind schwer zu gewährleisten angesichts dieser prekären Arbeitsbedingungen. Nicht zuletzt für die Betroffenen selbst bedeutet diese Unsicherheit eine auf Dauer untragbare Belastung. Egal, ob mit dem Schwerpunkt Forschung oder Lehre, einem Vertrag nach Wissenschaftszeitvertragsgesetz oder Teilzeitbefristungsgesetz: Arbeitnehmer/-innenschutz und Arbeitnehmer/-innenrechte bleiben bislang weitestgehend auf der Strecke!

Nach einer allgemeinen Informations- und Diskussionsveranstaltung über die Arbeitssituation an Hochschulen am 6. November 2014 organisierte die Kölner GEW-Gruppe Hochschule und Forschung im Januar 2015 zwei zielgruppenspezifische Veranstaltungen.

Am 22. Januar 2014 stand die Situation der Lehrkräfte für besondere Aufgaben/Lektoren (LfbA) zur Diskussion, am 29.1. die Situation der wissenschaftlichen Mitarbeiter/-innen. In den kleinen Runden, an denen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus ganz verschiedenen Disziplinen teilnahmen, wurden Informationen zum Hochschulzukunftsgesetz, zur geplanten Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes und den gewerkschaftlichen Bemühungen um die Ausarbeitung eines Kodex für gute Arbeit ausgetauscht. Das Bemühen um Informationstransparenz und Vernetzung wurde von allen Anwesenden für wichtig erachtet. Auch sprach man sich dafür aus, Dauerstellen für Daueraufgaben zu vergeben, insbesondere LfbAs sollten nur unbefristet eingestellt werden, wie Gewerkschaften und LPKwiss (Landespersonalrätekonferenz NRW) es fordern. Es sollten Strukturpläne für den Mittelbau erstellt und Daueraufgaben/Dauerstellen identifiziert werden. Die Rahmenbedingungen und Sicherheiten sollten zusammen mit den Mittelbauvertretern und Personalräten diskutiert und im Kodex für gute Arbeit, der Teil der universitären Grundordnung sein sollte, festgelegt werden. Diese Vorgaben sollten möglichst auf Landesebene beschlossen werden und für alle Hochschulen verbindlich sein.

**Für mehr Dauerstellen in Lehre, Forschung,
Lehrerbildung und Wissenschaftsmanagement**



Theories and Practices of Critical Pedagogics Today

von David Stoop

Am Samstag den 15. November 2014 veranstalteten der Kölner Verein La Talpa und das Forschungsnetzwerk Cultural Difference and Social Solidarity mit Unterstützung der GEW Köln und der Rosa Luxemburg Stiftung NRW eine englischsprachige Fachtagung zum Thema „Theories and Practices of Critical Pedagogy Today“ an der Universität zu Köln. Die Konferenz konnte von GEW Mitgliedern und Studierenden der Universität zu Köln kostenlos besucht werden. Im Zentrum der angeregten Debatten stand das Verhältnis von Pädagogik zur Gesellschaft und ihrer Kritik. Als Bildungsgewerkschaft stellt sich die GEW damit der Frage, wie ein zeitgemäßer Bildungsbegriff unter Bedingungen neoliberaler Hegemonie praktisch realisiert werden kann.

Im Eröffnungsvortrag widmete sich David Stoop (Universität zu Köln) dem Spannungsverhältnis zwischen dem Ideal von Bildung und seiner (mangelnden) gesellschaftlichen Realisierung. Humboldt's Idee von Bildung als einem Prozess, in dem sich freie und autonome Individuen zu einem „proportionierlichen Ganzen“ formen war eng verbunden mit der Hoffnung, dass die solchermaßen gebildeten Subjekte zur Bildung einer vernünftigen Gesellschaft beitragen würden. Als notwendige Bedingung von Bildung beschrieb Humboldt zwei Voraussetzungen: Freiheit und Mannigfaltigkeit der Situationen. Diese Voraussetzungen werden jedoch durch die kapitalistische Vergesellschaftung, durch marktförmige Kulturproduktion und massenmediale Zurichtung in Frage gestellt. Eine Pädagogik, die am Bildungsbegriff festhalten will, muss die bestehenden Verhältnisse deshalb reflektieren und sich als kritische Pädagogik realisieren.

Im darauf folgenden Vortrag setzte sich Jones Irwin (Dublin University, GB) mit Ansätzen kritischer Pädagogik auseinander. Wie er ausführte, steht die Beschäftigung mit gesellschaftlichen Unterdrückungsmechanismen zwar im Zentrum kritischer Pädagogik, ihre Analyse verbleibt allerdings oft unzureichend. Irwin kritisierte die kritische Pädagogik für ihre dogmatische Lesart von Kultur, ihre Tendenz zur Bevormundung der Massen und ihre einseitige Erzählung gesellschaftlichen Niedergangs. Mit Bezug auf Henri Lefebvres Kritik des Alltagslebens forderte Irwin stärkere Aufmerksamkeit für widerständige Handlungen der Individuen, um im Spannungsfeld zwischen Revolte und der kapitalistischen Vereinnahmung von Pro-

test („back to normal“) Veränderung zu ermöglichen. Paul Reynolds (Edgehill University, GB) setzte sich in einem weiteren Vortrag mit den Folgen neoliberaler Reformen an Universitäten auseinander. Wie er am Beispiel des britischen Universitätswesens nachwies, zeitigt die Einführung verschulter Studiengänge und die politisch geschaffene Konkurrenzsituation zwischen Universitäten zahlreiche negative Effekte. Das Bild des Studenten als Konsumenten und die Freisetzung von Universitäten als konkurrierende Dienstleistungsanbieter haben ein instrumentelles Verständnis von Bildung gefördert, in dem Wissen und Fähigkeiten vorrangig in Bezug auf ihre Markttauglichkeit bewertet werden. Für Reynolds machen diese Zumutungen neoliberaler Reformen an Universitäten eine neue Radikalität von Lehrenden und Studierenden notwendig.

Mit Bezug auf Ernesto Laclau's und Chantal Mouffe's Theorie der radikalen Demokratie kritisierte Susanne Schwarz das dominante Paradigma des Mehrheitsentscheids als unzureichendes Verständnis von Demokratie, das die konflikthafte Natur demokratischer Entscheidungsfindung nicht angemessen berücksichtigt. Aufbauend auf ihrer empirischen Arbeit zeigte Schwarz, dass Schüler_innen die anfangs überwiegend als gerecht beurteilte Allgemeingültigkeit von Mehrheitsentscheidungen in Frage stellten, sobald sie mit der Frage konfrontiert wurden, ob es gerecht sei, wenn „viele Starke über wenige Schwache“ entschieden. Auch junge Schüler_innen zeigten dabei die Fähigkeit auf hohem Abstraktionslevel über Fragen von Minderheitenrechten und demokratischer Gerechtigkeit zu diskutieren.

In der abschließenden Präsentation beantwortete Scott H. Boyd (Middle East Technical University, Türkei) Giroux's Herausforderung: „eine neue Sprache und Werkzeuge zu entwickeln, um unterschiedliche Formen neoliberaler Herrschaft im neuen Jahrtausend in Frage zu stellen“. Boyd präsentierte seine Theorie der autopoietischen Kultur als Alternative zur statischen Analyse kultureller Eigenheiten in der kritischen Pädagogik. In seinem Fazit plädierte Boyd für eine Abkehr von dem Ziel, widerständige Akte hervorzubringen, zugunsten einer Perspektive engagierter Beobachtung (engaged perception), die die meist unbeobachteten und autonomen Prozesse kultureller Produktion berücksichtigt, um neoliberale Herrschaft weniger herauszufordern, als vielmehr zum Verschwinden zu bringen.

Das letzte Pausengespräch

von Wolfgang Hardenacke

Aschermittwoch. Sein leerer Blick hängt an der Decke. Wehmut, Ohnmacht und Wut ringen um die Vorherrschaft in seiner Gefühlswelt. „Na, da hat der FC ja mal wieder ein Spiel unglücklich verloren“, spöttelt Benno Weiß in Richtung seines apathisch auf seinem Stuhl sitzenden Kollegen Brück. „Wenn es nur das wäre“, ergänzt Petra Rath nicht ohne Häme, „aber da machen diese sprichwörtlich Wilden Horden auch noch das Stadion zum Tummelplatz ihrer Aggressionen.“ „Ich habe immer schon gesagt: Der FC ist ein Verein mit eingenähter Narrenkappe“, findet Rainer Brück, „insofern entspricht es einer gewissen Logik, dass die Hardcore-Hooligans der Boyz den Rasen verummmt in ihren weißen Maureroveralls stürmten.“ „Da bekommt der Spruch: ‚Dat jidet nur, nur in Kölle‘, einen faden Beigeschmack“, meint auch Petra Rath und zitiert den Satiriker Wischmeyer: „Aber am Schlimmsten ist der unerträgliche und von sich eingenommene Menschenschlag: vulgär, laut und zotig. Erschwerend kommt hinzu, dass die behämmerten Ureinwohner ihr debiles Kaff für eine scharfe Metropole halten.“ „Das ist zwar stark überzeichnet“, meint Kollege Brück, „aber bei den Heimspielen des FC begrüßt der Stadionsprecher die Gäste, ohne rot zu werden, in der ‚schönsten Stadt Deutschlands – wobei ich mir nicht sicher bin, ob das Selbstironie oder Dämlichkeit ist.“

Petra Rath interessiert aber tatsächlich auch die sportliche Entwicklung des FC und will von Rainer Brück wissen, wie es um den Abstiegskampf stehe. „Der 1. FC Köln war seit der Gründung der Bundesliga im Jahre 1963/64 immer ein Spitzenteam gewesen – bis in die Spielzeit 1997/98. Danach ist er fünf Mal ab- und aufgestiegen. Eine Fahrstuhlmannschaft eben. Wie heißt es so schön: Die Dünen verändern sich im Wind, aber die Wüste bleibt dieselbe.“

„Wenn du so skeptisch bist, warum tust du dir das alles immer wieder an?“, wundert sich Kollegin Rath, „oder, um mit Max Frisch zu fragen: Wie oft muss eine bestimmte Hoffnung sich nicht erfüllen, damit du diese betroffene Hoffnung aufgibst?“ „Darauf

kann ich mit der FC-Hymne antworten“, wird Rainer Brück etwas feierlich, „und die geht so: ‚Mer schwöre Dir, he op Treu un op Lehr: Mer stonn zo Dir, FC Kölle! Un mer jonn met Dir, wenn et sin muss durch et Fier. Halde immer nur zu Dir FC Kölle!‘. Im Übrigen bin ich dieses Jahr erstmals hoffnungsvoller als in den vielen Jahren zuvor: Auch, weil das ganze Umfeld stimmt.“

Während Rainer Brück der Kollegin Rath ausführlich erklärt, was er mit dem Umfeld meint, will Benno Weiß wissen, wo Kollegin Pesch eigentlich ist. „Ich habe sie vorhin in das Büro der Chefin gehen sehen“, weiß Petra Rath zu berichten, „vielleicht geht es um ihre Abordnung als Pädagogische Mitarbeiterin an das Schulministerium?“ „Geht das denn so schnell?“, meint Kollege Weiß. „Ja, schon, lieber Benno“, antwortet Anne Pesch, die gerade in dessen totem Winkel ins Lehrerzimmer kommt: „Ende des Monats ist es so weit.“

In die etwas bedrückte Stille hinein findet Kollege Weiß, wie so oft, zuerst die Worte: „Wer singe Püngel schnürt / söök wo'e hinjehührt / hätt wie ne Zochvuel nit nur ei Zohuss“ „Das ist lieb von dir, lieber Benno. Eigentlich mag ich das Lied von Trude Herr nicht, aber weil du schon angefangen hast will ich auch gerne fortfahren: ‚Ich will weitergehn / keine Träne sehn / so ein Abschied ist lang noch kein Tod‘.“ „Gehts nicht ein wenig gelassener?“, fordert Petra Rath mit vorwurfsvoller Milde. „Du hast Recht. Die Abordnung ist ja nur für zwei Jahre.“ „Aber die meisten Pädagogischen MitarbeiterInnen gehen danach nicht wieder an ihre alte Schule zurück“, weiß Kollege Brück aus dem Personalrat. „Und selbst wenn Anne nach zwei Jahren zurückkommen würde: Ich wäre dann schon pensioniert“, stellt Kollegin Rath ein wenig erschrocken fest.

Schließlich steht die Frage im Raum, ob Anne Pesch täglich nach Düsseldorf fahren will, oder doch nach Düsseldorf ziehen möchte. „Zunächst“, antwortet Kollegin Pesch, „möchte ich mir ein unvoreingenommenes Bild von Düsseldorf machen, auch wenn es schwer fällt. Also habe ich mir den Rosenmontagszug angeschaut und muss sagen, die Themen auf

den Motivwagen waren durchweg politischer als ich das von Köln kenne. Auf einem Wagen zum Beispiel sah man in einem sinkenden Flüchtlingsschiff ertrinkende Afrikaner um Hilfe schreien. Der Text dazu lautete: ‚Flüchtlingsgrab Mittelmeer. Das ist der wahre Untergang des Abendlandes‘.“ „Da ist man beim Rosenmontagszug in Köln ängstlicher“, gibt Benno Weiß zu, „aber es gibt ja noch den Geisterzug und dort habe ich ein Plakat mit der wunderbar satirischen Aufschrift ‚Tiere gegen die Salamisierung des Abendbrotes‘ gesehen.“

„Aber das sind doch nebensächliche Kriterien“, gibt Rainer Brück zu bedenken, „viel wichtiger ist doch unser Kölsch als lokales Markenzeichen und Teil der lokalen Identität, uns Veedel eben. Viele beneiden uns gerade wegen des heiteren Stoizismus, der in dem

Kölschen Grundgesetz propagiert wird.“ „Du musst aber zugeben, dass das Grundgesetz elf Artikel hat, wo wir wieder beim Karneval wären“, hält Kollegin Rath dagegen, „und außerdem: Was glaubst du wohl, wer die elf Redensarten zusammengestellt hat? Konrad Beikircher, ein aus Südtirol stammender Bonner.“ „Und wenn schon! Da sind wir großzügig“, mischt sich nun auch Benno Weiß ein: „Et bliev nix wie et wor, ävver et hätt noch immer jot jejang.“ „Ja, ja. Ich weiß jetzt schon, was ich vermissen werde“, seufzt Anne Pesch. „Damit ich euch immer vor Augen habe, wenn ich im Schulministerium mal wieder geerdet werden muss, möchte ich ein Foto von uns machen. Lasst uns dazu auf den Schulhof gehen. Meine Referendarin Christa Niehl wird auch da sein.“



Die Protagonisten der Pausengespräche setzen sich plakativ in Szene.
(Obere Reihe von links im Uhrzeigersinn: Petra Rath, Rainer Brück, Benno Weiß, Anne Pesch und Referendarin Niehl.)



Einladung zur Jahreshauptversammlung der GEW Köln

**Mittwoch, 18. März 2015 um 18 Uhr
im großen Saal des Kölner DGB-Hauses,
Hans-Böckler-Platz 1, 50672 Köln**

Tagesordnung:

Begrüßung
Referat und Diskussion
Rechenschaftsberichte
Verabschiedung unserer GEW-Geschäftsführerin Hildegard Merten



Kassenbericht und Haushaltsansatz
Entlastung des Vorstands
Wahl der Kassenprüfer
Anträge
Verschiedenes

Damit die etwaigen Anträge in den Ablauf der JHV zeitlich eingeplant werden können, sollten sie eine Woche vor der Jahreshauptversammlung an die Geschäftsstelle geschickt werden.